

ANSPRACHE
an den GOUVERNEURSRAT

von
ROBERT S. McNAMARA
PRÄSIDENT, WELTBANK

Washington, D.C.
30. September 1980

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. Einführung	1
II. Die wirtschaftlichen Aussichten der Entwicklungsländer	3
III. Ein Programm struktureller Anpassung	5
IV. Der Kampf gegen die Armut	19
V. Die Rolle der Weltbank in den achtziger Jahren	32
VI. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	49
Anhang I—Strom öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) seitens der Mitgliedsländer des Entwick- lungshilfeausschusses (DAC) an die Entwick- lungs- länder und multilaterale Institutionen	54
Anhang II—Verteilung öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) 1978 aus OECD-Ländern nach Einkommens- gruppen der Entwicklungsländer	55

1. EINFÜHRUNG

Zum dreizehnten und nunmehr zum letzten Mal habe ich die Ehre, vor diesem Forum zu sprechen.

Ich sehe in dieser Gelegenheit eine ganz besondere Verpflichtung, und so werde ich heute morgen zu Ihnen in aller Offenheit und ohne jede Beschönigung sprechen; das gilt insbesondere für die zukünftige Rolle der Weltbank.

Während der vergangenen achtzehn Monate haben sich die äusseren Bedingungen für das wirtschaftliche Wachstum der ölimportierenden Länder und damit für ihren sozialen Fortschritt erheblich verschlechtert.

Die neue Welle von Ölpreiserhöhungen und abnehmende Exporte in die entwickelten Länder haben zu Zahlungsbilanzdefiziten geführt, die diese Länder auf die Dauer nicht verkraften können. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass die Durchführung von existentiellen Entwicklungsmassnahmen, die zu keinem Zeitpunkt einfach ist, nunmehr ernsthaft in Gefahr ist.

Gleichzeitig kämpfen die Industrieländer nach wie vor mit Problemen der Inflation, Arbeitslosigkeit und Rezession. Die Regierungen suchen nach politisch akzeptablen Mitteln und Wegen, öffentliche Ausgaben zu senken. Unter diesen Bedingungen gibt es nur wenige gesetzgeberische Initiativen, die öffentliche Entwicklungshilfe zu steigern, die nach wie vor nur einen verschwindenden und unbedeutenden Anteil des Brutto-sozialproduktes ausmacht, der, gemessen an den dringenden Aufgaben, völlig unzureichend ist.

Darüber hinaus stellt sich für das weltweite Finanziersystem, das mit den in der Vergangenheit entstandenen Ungleichgewichten zu kämpfen hat, das Problem, Mittel und Wege zu finden, jährlich über 100 Milliarden Dollar in zusätzlichen Einnahmen der ölexportierenden Kapitalüberschussländer in geeignete Verwendungen zu leiten.

Alles in allem hat diese Entwicklung ein Klima grosser Besorgnis geschaffen, in dem für Entwicklungsländer wie entwickelte Länder gleichsam die grosse Gefahr besteht, unbedacht zu handeln.

Die Entwicklungsländer werden versucht sein, die durch die veränderte aussenwirtschaftliche Situation notwendig gewordenen internen Anpassungsmassnahmen hinauszuschieben. Dagegen werden die entwickelten Länder versucht sein, ihr Heil in kurzfristigem Protektionismus und anderen restriktiven Massnahmen zu suchen, die letztendlich nur dazu führen, den wirtschaftlichen Wiederaufschwung in den armen und reichen Ländern zu verzögern.

Diese Versuchungen sind durchaus real und ihre Auswirkungen äusserst gefährlich, da sie genau in die falsche Richtung führen.

Das Gebot der Stunde sind Massnahmen, die in die richtige Richtung führen. Solche Massnahmen sind durchaus gegeben, jedoch, wie alles Lohnenswerte im Leben, erfordern sie Mut, Anstrengung und Weitblick.

Ich möchte solche Massnahmen mit Ihnen heute morgen untersuchen.

Im besonderen möchte ich auf Folgendes näher eingehen:

- die Aussichten der ölimportierenden Entwicklungsländer auf wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt während der achtziger Jahre;
- die Massnahmen, die von Entwicklungsländern, Industrieländern und OPEC-Ländern ergriffen werden können, um einen grösstmöglichen Fortschritt zu erzielen;
- die Notwendigkeit, die Bekämpfung der absoluten Armut zu beschleunigen; und schliesslich
- die Rolle der Weltbank in der vor uns liegenden Dekade.

Lassen Sie mich mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Aussichten beginnen.

II. DIE WIRTSCHAFTLICHEN AUSSICHTEN DER ENTWICKLUNGSLÄNDER

Die weltweiten wirtschaftlichen Aussichten haben sich seit unserem letzten Treffen vor einem Jahr in Belgrad erheblich verschlechtert. Die ölimportierenden Entwicklungsländer stehen vor sehr schwierigen Zeiten. Die Weltbank sieht für diese Länder für die achtziger Jahre heute niedrigere Wachstumsraten voraus als noch vor zwölf Monaten.

TABELLE I—WACHSTUM DES BSP PRO KOPF 1960-85

	1980		Durchschnittliche jährliche prozentuale Wachstumsraten		
	Bevölkerung (in Millionen)	BSP Pro-Kopf in Dollar von 1980 ^a	1960-70	1970-80	1980-85
Ölimportierende Entwicklungsländer					
mit niedrigen Einkommen					
Afrika südlich der Sahara	141	239	1,6	0,2	-0,3
Asien	992	212	1,6	1,1	1,1
	1.133	216	1,6	0,9	1,0
mit mittleren Einkommen	701	1.638	3,6	3,1	2,0
gesamt	1.834	751	3,1	2,7	1,8
Ölexportierende Entwicklungsländer	456	968	2,8	3,5	3,0
Industrieländer	671	9.684	3,9	2,4	2,5
Länder mit zentraler Planwirtschaft ^b	1.386	1.720	—	3,3	3,3

Mit grösster Wahrscheinlichkeit wird das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Wachstum der ölimportierenden Entwicklungsländer, das 1960 3,1% und 1970 2,7% betrug, in der Zeit 1980-85 auf 1,8% absinken.

Noch bedrückender sind die Aussichten für die 1,1 Milliarden Menschen, die in den ärmsten Ländern leben. Deren bereits hoffnungslos niedriges Pro-Kopfeinkommen von weniger als 220 Dollar pro Jahr wird voraussichtlich nicht mehr als um ein Prozent pro Jahr steigen, d.h. im Durchschnitt werden diese Men-

^aVorläufige Schätzungen

^bEinschliesslich Volksrepublik China

schen nur etwa zwei bis drei Dollar mehr haben. Für die 141 Millionen Menschen, die in den armen Ländern Afrikas südlich der Sahara leben, wird das Wachstum sogar negativ sein.

Dafür sind im wesentlichen zwei Gründe verantwortlich. Die neue Welle von Ölpreissteigerungen hat die Kosten der ölimportierenden Entwicklungsländer für importierte Energie mehr als verdoppelt. Daneben ist die Nachfrage der Industrieländer nach Importen aus den Entwicklungsländern, deren wichtigste Exportmärkte, erheblich gesunken.

Im Jahre 1973 haben diese Länder Öl im Werte von 7 Milliarden Dollar, ausgedrückt in laufenden Dollar, importiert. 1980 werden es wahrscheinlich 67 Milliarden sein. Ein Fallen der Ölpreise ist unwahrscheinlich, im Gegenteil, es ist eher damit zu rechnen, dass sie real um 3% pro Jahr steigen werden. Für das Jahr 1985 werden daher Ölimporte von 124 Milliarden Dollar vorausgesehen und im Jahre 1990 werden diese Länder selbst bei einer Verdoppelung ihrer eigenen Energieproduktion und bei strengen Konservierungsmassnahmen über nahezu 230 Milliarden Dollar für importiertes Öl zu zahlen haben (siehe Tabelle II).

TABELLE II—PETROLEUMIMPORTE DER ÖLIMPORTIERENDEN ENTWICKLUNGSLÄNDER
(in Milliarden laufender Dollar)

	<u>1973</u>	<u>1978</u>	<u>1980</u>	<u>1985</u>	<u>1990</u>
Kosten der Petroleumimporte					
Länder					
mit niedrigen Einkommen	1	2	6	13	23
mit mittleren Einkommen	6	30	61	111	206
gesamt	<u>7</u>	<u>32</u>	<u>67</u>	<u>124</u>	<u>229</u>

Erläuterungen:

Preis pro Barrel
(CIF, US\$)

Laufende Dollar	4,20	13,70	29,80	50,30	78,30
Dollar von 1980	8,88	17,13	29,80	-35,10	40,85

Umfang von Nettoimporten (Millionen Barrels pro Tag)	4,6	6,4	6,3	6,8	8,0
---	-----	-----	-----	-----	-----

Umfang einheimischer Produktion ^a	5,7	7,3	8,5	12,7	18,5
--	-----	-----	-----	------	------

^aAlle Formen von erzeugter Energie, ausgedrückt als Equivalent von Millionen Barrels von Öl pro Tag.

Wie bereits angedeutet, wirkt sich die anhaltende Rezession in den Industrieländern zusätzlich erschwerend auf die Entwicklungsländer aus. Der Ausbau ihrer wichtigsten Exportmärkte wird sich verlangsamen und ihre sehr schwierige Situation kann durch zusätzliche deflationäre Massnahmen sowie verschärften Protektionismus der Industrieländer weiterhin erheblich verschlimmert werden.

Die Auswirkung dieser beiden Faktoren zeigt sich deutlich in den stark angestiegenen Zahlungsbilanzdefiziten der ölimportierenden Entwicklungsländer. Für das Jahr 1980 wird damit gerechnet, dass diese Defizite 4% ihres BSP betragen (siehe Tabelle III).

**TABELLE III—ZAHLUNGSBILANZDEFIZITE DER
ÖLIMPORTIERENDEN ENTWICKLUNGSLÄNDER**
(in Milliarden laufender Dollar)

	<u>1973</u>	<u>1975</u>	<u>1978</u>	<u>1980</u>
Zahlungsbilanzdefizite ^a				
Länder				
mit niedrigen Einkommen	2,3	5,4	5,7	10,0
mit mittleren Einkommen	<u>4,4</u>	<u>34,2</u>	<u>21,4</u>	<u>51,0</u>
gesamt	<u>6,7</u>	<u>39,6</u>	<u>27,1</u>	<u>61,0</u>
Zahlungsbilanzdefizite in Prozent des BSP				
Länder				
mit niedrigen Einkommen	2,2	3,8	2,7	3,6
mit mittleren Einkommen	0,9	5,3	2,2	4,0
gesamt	1,1	5,1	2,3	3,9

III. EIN PROGRAMM STRUKTURELLER ANPASSUNG

Wiederholte Defizite von der Grössenordnung, wie sie in Tabelle III gezeigt sind, können nicht unbegrenzt verkräftet werden. Kurzfristig können solche Defizite mit Hilfe zusätzlicher Kapitalaufnahme aus dem Ausland finanziert werden. Von dieser Massnahme wird in der Tat Gebrauch gemacht. Langfristig genügt das jedoch nicht, da der resultierende Schuldendienst Grössenordnungen erreicht, die einfach nicht finanzierbar sind.

^aOffizielle Transferzahlungen nicht eingeschlossen.

Die Länder sind daher gezwungen, volkswirtschaftliche Strukturveränderungen durchzuführen, die es ihnen ermöglichen, das immer teurere, aber notwendige Öl mit eigenen Mitteln zu finanzieren. Das ist nur möglich durch höhere Exporte oder durch verringerte Nicht-Ölimporte sowie durch eine Kombination dieser beiden Möglichkeiten.

Da es keine andere Alternative gibt, wird es früher oder später zu solchen Strukturveränderungen kommen, unabhängig davon, ob für deren Durchführung finanzielle Hilfe aus dem Ausland bereitsteht oder nicht.

Für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dieser Länder und damit für deren Entwicklung ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, ob diese Strukturveränderungen früher oder später durchgeführt werden und ob dafür Finanzierungshilfe aus dem Ausland bereitgestellt wird oder nicht.

Denn wenn die notwendigen Massnahmen hinausgezögert werden oder die finanzielle Hilfe aus dem Ausland dafür unzureichend ist, dann sind diese Länder gezwungen, den Anpassungsprozess unter Bedingungen durchzuführen, die gekennzeichnet sind von geringem oder negativem Wachstum, nur unbedeutendem oder überhaupt keinem sozialen Fortschritt und von politischen Unruhen, die sich dann mit Sicherheit einstellen. Das ist eine sehr harte und unnötige Bestrafung dieser Länder.

Wenn jedoch die notwendigen Strukturanpassungen in die Wege geleitet werden, bevor der Krisenzustand erreicht ist, und über einen angemessenen Zeitraum von etwa fünf bis acht Jahren durchgeführt werden, dann können die negativen Auswirkungen, die solche Anpassungsprozesse auf das Wirtschaftswachstum und den sozialen Fortschritt eines Landes haben, erheblich gemildert werden, vorausgesetzt, das Ausland stellt zusätzliche finanzielle Hilfe zur Verfügung, um während der Zeit ein angemessenes Importniveau aufrechterhalten zu können.

So kann es den Entwicklungsländern ermöglicht werden, in der Zeit von 1985-90 wieder akzeptablere Wachstumsraten zu erzielen, die möglicherweise sogar das Wachstum der sechziger und der frühen siebziger Jahre übertreffen können.

Eine solche Umkehrung der Zukunftsaussichten ist jedoch keine leichte Angelegenheit.

Zunächst sei auf die entscheidenden Unterschiede hingewiesen, die zwischen der heutigen Notwendigkeit zur Anpassung und der der Jahre 1974-78 bestehen:

- In der Zeit von 1974-78 sind die Ölkosten real um 23% gesunken. Seit 1978 sind sie stark angestiegen, und es ist zu erwarten, dass sie während der achtziger Jahre weiter ansteigen werden.
- Geschäftsbanken haben ihre Forderungen gegenüber ölimportierenden Entwicklungsländern in den vergangenen Jahren stark erhöht: Während 1974 diese Forderungen 33 Milliarden Dollar betrugen, waren sie 1978 auf 133 Milliarden Dollar angestiegen. Inzwischen hat sich das Verhältnis von Kapital zu risikoreichen Anlagen dieser Banken verschlechtert und sie befürchten, dass ihr Engagement in einigen Ländern ein vernünftiges Mass bereits überschritten hat.
- Einige der Entwicklungsländer der mittleren Einkommensgruppe, die sich in der Vergangenheit hoch verschuldet haben, werden heute von den Geschäftsbanken für weniger kreditwürdig gehalten als damals. Es ist daher anzunehmen, dass die Kreditkosten dieser Länder steigen werden und ihr Kreditvolumen langsamer als bisher anwachsen wird.
- Um die Auswirkungen der stark angestiegenen Energiekosten zu mildern, haben 1974-1978 bilaterale Geber und internationale Finanzierungsinstitutionen beträchtliche Mittel bereitgestellt. Es sieht zur Zeit nicht danach aus, dass diese beiden Quellen ihre Hilfe in Zukunft in gleichem Masse ausweiten werden wie damals.
- Real negative Zinssätze haben in den siebziger Jahren den Schuldendienst beträchtlich erleichtert. Dagegen haben die Entwicklungsländer nunmehr in erheblichem Umfang Darlehen zu real positiven Zinssätzen aufgenommen.
- Eine grosse Zahl von Entwicklungsländern haben ihre Importe, ihre Investitionen und ihren Konsum bereits erheblich eingeschränkt; der verbleibende Spielraum, weitere Einschränkungen vorzunehmen, ist nur gering.

- Die derzeit von den ölexportierenden Ländern akkumulierten Überschüsse werden voraussichtlich von längerem Bestand sein, was das Recycling dieser Mittel verlängern wird, da nicht damit zu rechnen ist, dass ihre Importe in gleichem Masse steigen werden wie in der Vergleichsperiode, und auch die Überweisungen von Fremdarbeitern aus diesen Ländern in ihre Heimatländer dürften nur langsamer anwachsen.
- Und schliesslich wird die Möglichkeit einer anhaltenden Rezession in den Industrieländern den strukturellen Anpassungsprozess in den Entwicklungsländern diesmal erheblich schwerer machen, besonders dann, wenn Handel und Kapitalfluss durch restriktive Massnahmen zusätzlich beeinträchtigt sind.

Wir tun gut daran, uns die Unterschiede in der damaligen und heutigen Situation klarzumachen. Die erleichternde Gewissheit, den Anpassungsprozess in der Vergangenheit relativ erfolgreich gemeistert zu haben, sollte uns nicht dazu verleiten, der jetzigen Situation mit allzu grosser Gelassenheit entgegenzusehen.

Tatsache ist, dass das Wirtschaftswachstum auch in der Vergleichsperiode stark zurückgegangen ist. Neue Arbeitsplätze und zusätzliches Einkommen sind den meisten Entwicklungsländern verlorengegangen. Die politische Stabilität und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftssysteme sind in diesen Ländern bereits grossen Belastungsproben ausgesetzt. Dem Ausmass, in dem diese Länder ihren Konsum weiter einschränken können, sind ganz einfach Grenzen gesetzt.

Hinzu kommt, dass permanente Veränderungen in der Weltwirtschaft die derzeitigen Anpassungsprobleme ausgelöst haben und nicht etwa temporäre Phänomene, die sich später selbst korrigieren. Je länger daher die Entwicklungsländer die notwendigen Anpassungsmassnahmen hinauszögern, desto schwerer werden sich ihre Probleme lösen lassen.

Die Regierungen vieler Länder haben diese Zusammenhänge in den siebziger Jahren nicht voll erkannt. Mit Hilfe von kurzfristigen Mitteln haben sie die ihrer Meinung nach vorübergehenden Probleme zu lösen versucht. Mit derartigen Finanzierungsmassnahmen haben sie sich jedoch lediglich Zeit erkaufte; fundamen-

tale Anpassungsmassnahmen können dadurch jedoch nicht ersetzt werden.

Diejenigen Länder jedoch, die die Zeichen der Zeit richtig als langfristige Entwicklungen erkannten, haben entsprechend reagiert, indem sie ihre Exporte gesteigert und Teile ihrer Importe durch effiziente Inlandsproduktion substituiert haben. Weiter haben sie Darlehen dazu benutzt, Investitionen und strukturelle Anpassungsmassnahmen zu finanzieren, was es ihnen ermöglicht hat, nach einer relativ kurzen Periode wirtschaftlichen Abschwungs ihre Wachstumsphase fortzusetzen. Dagegen haben diejenigen Länder, die glaubten, die Probleme seien kurzfristiger Natur, ihre Auslandsdarlehen nicht zur Finanzierung fundamentaler Anpassungsmassnahmen benutzt, was lediglich dazu geführt hat, dass ihre Verschuldung weiter angewachsen ist und ihre zukünftigen Probleme nur noch schwerer geworden sind.

In diesem Zusammenhang kommt es hier besonders darauf an, mit Nachdruck zu betonen, dass Anleihen aus dem Ausland dazu benutzt werden müssen, Strukturanpassungsmassnahmen zu finanzieren und die aufgenommenen Mittel selbst kein Ersatz für solche Massnahmen sein können. Weder für die Entwicklungsländer noch für die Weltgemeinschaft als Ganzes gibt es dazu eine aussichtsreiche Alternative.

Es ist ganz offensichtlich erstrebenswert, dass die notwendigen Strukturmassnahmen in einem Klima starker wirtschaftlicher Aktivität durchgeführt werden und nicht etwa dann, wenn das Investitionsniveau und andere wirtschaftliche Indikatoren einen Tiefpunkt erreicht haben. Es kommt nicht nur darauf an, die Zahlungsbilanzen wieder ins Gleichgewicht zu bekommen, sondern entscheidend ist, dass dieses Gleichgewicht bei grösstmöglichem Wirtschaftswachstum erreicht wird. Aus der Erfahrung der siebziger Jahre können wir eine wichtige Lehre ziehen. Der Erfolg struktureller Anpassung darf nicht nur danach beurteilt werden, wie diese zur Reduzierung der Zahlungsbilanzdefizite auf das derzeitige Niveau beigetragen haben, sondern welches Wachstum als Ergebnis dieser Massnahmen erzielt worden ist.

Für die Zukunft dieser Länder ist das von entscheidender Bedeutung. Es ist umso notwendiger, wenn man verhindern will, dass diese Länder in ihrem entscheidendsten Kampf, nämlich dem

gegen die absolute Armut, in ihren Gesellschaften an Boden verlieren.

Lassen Sie mich jetzt auf bestimmte Massnahmen eingehen, die notwendig sind, wenn die Zahlungsbilanzdefizite innerhalb angemessener Zeit, sagen wir während der nächsten fünf oder sechs Jahre, unter Aufrechterhaltung des höchstmöglichen Wachstums auf ein akzeptables Mass reduziert werden sollen.

Wirtschaftspolitische Anpassungsmassnahmen grösseren Stils müssen auf nationaler und internationaler Ebene durchgeführt werden und die Weltgemeinschaft muss dauerhafte und geschlossene Aktionen ergreifen. Dazu gehören:

- Die ölimportierenden Entwicklungsländer der niedrigen Einkommensgruppe müssen ihre Sparrate stark erhöhen und im Zeitraum von 1980-90 müssen sie mehr als 25% der Zuwächse ihres BSP reinvestieren;
- der Nettokapitalstrom in diese Länder muss erheblich ausgeweitet werden, und zwar von 9 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf 19 Milliarden Dollar im Jahre 1985 und auf 33 Milliarden Dollar im Jahre 1990;
- der Zustrom privaten Kapitals in die Entwicklungsländer der mittleren Einkommensgruppe muss kräftig ansteigen;
- das Exportwachstum der ölimportierenden Entwicklungsländer muss in der Dekade der achtziger Jahre stärker ansteigen als in den siebziger Jahren;
- die inländische Energieproduktion dieser Länder muss zwischen 1980 und 1990 mehr als verdoppelt werden, was zu Substitutionersparnissen auf diesem Sektor von mehr als 280 Milliarden Dollar bis zum Jahre 1990 führen muss; und schliesslich
- die Effizienz im Einsatz inländischen Kapitals muss erheblich vergrössert werden.

Zweifelloos erfordert dieses Paket wirtschaftspolitischer Massnahmen viele Opfer. Entscheidend ist, dass das notwendige Gerüst von Anpassungsmassnahmen zu Beginn der vor uns lie-

genden Dekade errichtet wird, so dass es in den späteren Jahren zu einer kräftigen wirtschaftlichen Erholung kommen kann.

Jedes Land muss natürlich seinen eigenen spezifischen Plan für diese Aufgabe entwickeln. Wenn beispielsweise der Export der dynamische Sektor eines Landes ist, dann liegt die erfolgversprechende Strategie ganz offensichtlich darin, den Export weiter auszubauen. Wenn dagegen grosse Möglichkeiten in der Importsubstitution liegen, was zweifellos auf dem Gebiet der heimischen Energieproduktion der Fall ist, dann muss dieses Ziel verfolgt werden.

Lassen Sie mich kurz auf die Probleme der inländischen Energieproduktion der ölimportierenden Länder eingehen.

Inländische Energieproduktion

Die Produktion inländischer Energie kann einen entscheidenden Beitrag zum gesamten Anpassungsprozess leisten.

Um sich dessen zu vergewissern, braucht man sich nur die Tatsache vor Augen zu halten, dass selbst bei einer Ausweitung der inländischen Energieproduktion von wie bisher 6,7% pro Jahr die Ölimportkosten dieser Länder 1990 über 280 Milliarden Dollar betragen werden. Es dürfte sehr schwer sein, einen solchen Betrag mit einer auch noch so grossen Exportsteigerung oder einer vermehrten Kapitalaufnahme im Ausland zu finanzieren.

Der starke Anstieg der Ölpreise hat zwar die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer erheblich strapaziert; dieser Anstieg hat jedoch auch dazu geführt, dass sich die Wirtschaftlichkeitsverhältnisse der inländischen Energieproduktion grundlegend geändert haben.

Bei den gegenwärtigen und projizierten Ölpreisen können viele ölimportierende Entwicklungsländer die Ausbeutung von inländischen Energiequellen, wie Öl, Gas, Kohle, Wasser und Holz, die bislang nur von marginaler Bedeutung waren, kommerziell betreiben. Wenn diese Länder ihre Energieproduktion bis zum Ende des Jahrzehnts auf das höchstmögliche Niveau steigern und ihren Energieverbrauch drastisch einschränken, dann können sie nach unseren Schätzungen ihre Ölkosten pro Jahr um 50 Milliarden Dollar senken.

Voraussetzung für diese gewaltige Ersparnis wird es sein, dass die Länder die Inlandspreise sowie ihre Anreize und Prioritäten für Investitionen so gestalten, dass die Produktion von Energie im Inland in Zukunft eine weitaus grössere Rolle spielt als bisher. Allzu häufig haben Regierungen die Verbraucherpreise für Ölprodukte künstlich unterhalb der Weltmarktpreise gehalten, so dass weder ein Anreiz für die Konsumenten bestand, Energie zu sparen, noch für Produzenten zu investieren.

Wir schlagen daher vor, dass die ölimportierenden Länder es in den achtziger Jahren zu einem ihrer Grundprinzipien machen, den Import von Öl durch Energieproduktion im Inland zu substituieren. Die Regierungen sollten ganz konkrete nationale Energieentwicklungspläne aufstellen und spezifische Investitionsprogramme entwickeln. Diese Massnahmen sollten durch die Mobilisierung zusätzlicher Mittel im In- und Ausland einschliesslich der Weltbank unterstützt werden. Die Rolle der Weltbank dabei werde ich gleich näher erläutern.

Externer Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer mit niedrigen Einkommen

Ich habe bereits erwähnt, dass die Entwicklungsländer dringend mehr finanzielle Unterstützung aus dem Ausland benötigen, wenn es ihnen gelingen soll, die notwendigen Anpassungsmassnahmen einschliesslich der Steigerung ihrer heimischen Energieproduktion durchzuführen, und zwar ohne vermeidbare und daher unnötige negative Auswirkungen für ihr Wirtschaftswachstum und ihren sozialen Fortschritt. Lassen Sie mich jetzt zu diesem Thema Stellung nehmen, und zwar zunächst zu den Bedürfnissen der Entwicklungsländer der niedrigen Einkommensgruppe.

Zur Unterstützung der notwendigen Strukturanpassungsmassnahmen müssen diesen Ländern während der achtziger Jahre erheblich mehr Mittel zu konzessionellen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Länder nur marginalen Anteil an einer Ausweitung des Welthandels haben und ihr Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten sehr begrenzt ist. Ihr Finanzierungsbedarf wird 1980 voraussichtlich um 5 bis 8 Milliarden Dollar über dem von 1978 liegen. Die

Gründe für diesen Anstieg sind die sich verschlechternden Terms of Trade dieser Länder, das schwache Wirtschaftswachstum der OECD-Länder sowie die Investitionen, die sie durchführen müssen, um ihre Volkswirtschaften an die veränderte internationale Wirtschaftslage anzupassen.

Es sind eben gerade diese Länder, die es sich am wenigsten leisten können, ihre Programme zur Bekämpfung der Armut einzuschränken. Und doch befinden sie sich plötzlich in einer Situation, wo der Druck auf ihre Ressourcen besonders gross ist. Es sind daher diese Länder, für die vorrangig erheblich mehr Mittel zu konzessionellen Bedingungen bereitgestellt werden müssen.

Wie stehen jedoch die Aussichten dafür?

Die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) einschliesslich der der OPEC-Länder ist in der Zeit von 1977-79 nicht gestiegen. Real ist sie sogar gesunken, und die Aussichten für die Zukunft sind alles andere als günstig.

Die jüngsten Entwicklungen geben Anlass zur Besorgnis. Die von der britischen Regierung angekündigten Einsparungen werden zur Folge haben, dass Grossbritanniens offizieller Entwicklungshilfebeitrag auf 0,38% seines BSP im Jahre 1985 absinken wird, nachdem er in den Jahren von 1977-79 durchschnittlich 0,49% betragen hat. Die Gesetzesvorlagen für Entwicklungshilfe treffen im U.S. Congress nach wie vor auf Widerstand. Es ist daher damit zu rechnen, dass die Hilfe seitens des grössten Gebers gemessen am BSP die niedrigste unter allen grossen Industrienationen bleibt. Deutschland und Japan haben angedeutet, dass sie ihre Bemühungen fortsetzen wollen, ihre Entwicklungshilfeleistungen zu steigern. Die meisten Geber sind jedoch keinerlei Verpflichtungen eingegangen, einen höheren Anteil ihres BSP als Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Enttäuschender noch ist die Tatsache, dass derjenige Anteil der offiziellen Entwicklungshilfe, der den Ländern der niedrigen Einkommensgruppe zugeflossen ist, die deren am nötigsten bedürfen, absolut wie relativ schockierend gering gewesen ist. Dieser Anteil betrug weniger als die Hälfte der Gesamthilfe (siehe Anhang II). Pro Kopf der Bevölkerung haben die Länder der niedrigen Einkommensgruppe weniger Hilfe zu weichen Konditionen erhalten als die Länder mit mittleren und hohen Einkommen.

Angesichts der schweren Belastungen, die diesen ärmsten Ländern durch die veränderte Weltwirtschaftslage, für die sie nicht verantwortlich sind und die sie nicht beeinflussen können, auferlegt werden, sollten die Geberländer, und zwar sowohl die OECD-Länder wie die OPEC-Länder, deutlich zu verstehen geben, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmass sie bereit sind zu helfen. Der Bedarf der ärmsten Länder ist wohl bekannt. Dies ist nicht der Zeitpunkt, an dem wir das Problem hinhalten können. Dies ist der Zeitpunkt, an dem wir handeln müssen.

Die OECD-Länder sollten die folgenden Massnahmen erwägen:

- Als absolutes Minimum sollte jedes Land seine offizielle Entwicklungshilfe bei dem gleichen Prozentsatz des BSP belassen wie 1978. Dementsprechend sollten sie ihre offizielle Entwicklungshilfe gleichzeitig mit einem Ansteigen ihres BSP erhöhen.
- Diejenigen Länder, deren Hilfeleistungen weit unter dem OECD-Durchschnitt von 0,34% liegen, das sind in erster Linie die USA und Japan, sollten sich überlegen, ob sie nicht ihre offizielle Entwicklungshilfe stärker als ihr BSP wachsen lassen sollten. Der ehemalige Aussenminister der USA hat das Ausmass der amerikanischen Leistungen als "schändlich" bezeichnet—ich stimme mit ihm darin überein.
- Angesichts der besonderen Schwierigkeiten, vor denen die ärmsten Länder in den achtziger Jahren stehen, sollten die OECD-Länder den Hilfeanteil für diese Länder erhöhen. Anhang II zeigt deutlich, dass 1978 diese Länder weniger als die Hälfte der gesamten offiziellen Entwicklungshilfe erhalten haben, die der Entwicklungshilfesausschuss (DAC) bereitgestellt hat: im Falle Österreichs und Neuseelands betrug dieser Anteil weniger als ein Fünftel und Australien, Frankreich und die USA haben diesen Ländern nicht mehr als ein Drittel ihrer Hilfe zukommen lassen.
- Die OECD-Länder haben sich 1978 für eine retroaktive Änderung der Ausleihebedingungen früherer Darlehen an arme und an am wenigsten entwickelte Länder ausgesprochen. Bislang sind jedoch nur etwa 5 von potentiell 26 Milliarden Dollar früherer Darlehen gestrichen oder umgeschuldet

werden. Ausserdem steht durchaus nicht fest, ob diese Schuldenerleichterung eine echte Erhöhung der Hilfe darstellt. Die Streichung oder Umschuldung aller früherer Darlehen würde eine beträchtliche Erhöhung der konzessionellen Hilfe bedeuten, besonders dann, wenn diese Massnahmen auf alle Länder der niedrigen Einkommensgruppe ausgedehnt würden.

Die ölexportierenden Länder mit Kapitalüberschüssen tragen ebenfalls eine grosse Verantwortung.

Diese Länder – Saudi-Arabien, Kuwait, Irak, die Vereinigten Arabischen Emirate, Libyen und Qatar – haben seit 1973 ein-drucksvolle offizielle Entwicklungshilfebeiträge geleistet. In der Zeit von 1974-1979 haben sie 4,0% ihres BSP beigetragen (siehe Tabelle IV).

**TABELLE IV—DER STROM OFFIZIELLER ENTWICKLUNGSHILFE (ODA)
AUS ÖLEXPORTIERENDEN KAPITALÜBERSCHUSSLÄNDERN
IN ENTWICKLUNGSLÄNDER^a**

	1973		1974		1975		1976		1977		1978		1979	
	Mil- lionen Dollar	% des BSP	Mil- lionen Dollar	% des BSP	Mil- lionen Dollar	% des BSP	Mil- lionen Dollar	% des BSP	Mil- lionen Dollar	% des BSP	Mil- lionen Dollar	% des BSP	Mil- lionen Dollar	% des BSP
Saudi- Arabien	305	4,0	1.029	4,5	1.997	5,4	2.407	5,7	2.410	4,3	1.470	2,8	1.970	3,1
Kuwait	345	5,7	622	5,7	976	8,1	615	4,4	1.518	10,6	1.268	6,4	1.099	5,1
Irak	11	0,2	423	4,0	218	1,7	232	1,4	61	0,3	172	0,8	861	2,9
V.A.E.	289	16,0	511	7,6	1.046	14,1	1.060	11,0	1.177	10,2	690	5,6	207	1,6
Libyen	215	3,3	147	1,2	261	2,3	94	0,6	115	,7	169	0,9	146	0,6
Qatar	94	15,6	185	9,3	339	15,6	195	8,0	197	7,9	106	3,7	251	5,6
Gesamt	1.259	4,5	2.917	4,5	4.837	5,8	4.603	4,6	5.478	4,5	3.875	3,0	4.534	2,9

Anmerkung:

Zahlungs-
bilanz-
überschuss
in Milliar-
den Dollar

7	43	31	36	34	20	56
---	----	----	----	----	----	----

Die Frage ist jetzt, wie werden sich die offiziellen Hilfelei-
stungen dieser Länder in Zukunft entwickeln. Wenn die OPEC-

^a Die Angaben für 1978 und 1979 sind Schätzungen.

Kapitalüberschussländer damit beginnen, ihre Hilfe zu konzessionellen Bedingungen zu erhöhen, nachdem diese hoffentlich nur vorübergehend abgenommen hatte, dann können die Anpassungsprobleme der ärmsten Länder deutlich erleichtert werden. Eine Anzahl von Plänen wird zur Zeit zwar ernsthaft diskutiert. Die Situation erfordert jedoch, dass konkrete Entscheidungen getroffen werden, um den dringendsten Bedarf der Länder mit niedrigen Einkommen zu decken.

- Für das Jahr 1980 wird damit gerechnet, dass der Zahlungsbilanzüberschuss der ölexportierenden Kapitalüberschussländer um 100 Milliarden Dollar über dem des Jahres 1978 liegen wird. Wie bereits erwähnt, haben diese Länder in der Zeit von 1974 bis 1979 4,0% ihres BSP als offizielle Entwicklungshilfe beigetragen. Es stellt sich die Frage, ob sie dieses Beitragsniveau auch in Zukunft aufrechterhalten können und ob diese Hilfe in schnell auszahlbarer Form einer grossen Zahl von Ländern mit niedrigen Einkommen bereitgestellt werden kann, um deren dringendsten Bedarf zu decken.
- Irak, Venezuela und Mexiko haben vorgeschlagen, die ärmsten Länder, die von ihnen Öl importieren, für die neuerlichen Ölpreissteigerungen zu entschädigen, indem sie ihnen langfristige Darlehen zu niedrigen Zinsen gewähren. Wenn andere ölexportierende Länder sich dieser Initiative anschliessen, dann kann den ärmsten Ländern schnell Erleichterung ihrer Zahlungsbilanzprobleme verschafft werden.
- Das Komitee für langfristige Strategie der OPEC hat kürzlich den Vorschlag Algeriens und Venezuelas angenommen, den OPEC-Fonds in eine Entwicklungsinstitution mit einem genehmigten Kapital von 20 Milliarden Dollar umzuwandeln. Wenn dieser Plan bald verwirklicht wird, dann kann auch diese Initiative den Entwicklungsländern der niedrigen Einkommensgruppe erhebliche Erleichterung verschaffen.

Der Beitrag der Sowietunion sowie anderer Industrieländer mit zentraler Planwirtschaft zur offiziellen Entwicklungshilfe ist so gering, dass er kaum messbar ist, nämlich nur 0,04% ihres BSP. Zweifellos müssen auch diese Länder mehr tun.

Externer Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer mit mittleren Einkommen

Ich möchte jetzt auf den ausländischen Finanzierungsbedarf der ölimportierenden Länder der mittleren Einkommensgruppe eingehen. Wie Tabelle III zeigt, wird sich dieser Bedarf zwischen 1978 und 1980 absolut mehr als verdoppeln, nämlich von 21,4 Milliarden Dollar auf 51,0 Milliarden Dollar; auch gemessen am BSP wird er sich fast verdoppeln, nämlich von 2,2% auf 4,0%.

Die Geschäftsbanken haben in den siebziger Jahren den dynamischsten Beitrag zum Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer der mittleren Einkommensgruppe geleistet (siehe Tabelle V).

TABELLE V—DARLEHENS-AUFNAHME DER ENTWICKLUNGSLÄNDER DER MITTLEREN EINKOMMENSGRUPPE BEIM WELTWEITEN PRIVATEN BANKENSYSTEM^a
(in Milliarden Dollar)

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
Verschuldung der am wenigsten entwickelten Länder bei privaten Geschäftsbanken zum Jahresende ^b	<u>30</u>	<u>37</u>	<u>44</u>	<u>53</u>	<u>72</u>	<u>92</u>	<u>110</u>	<u>151</u>	<u>204</u>	<u>251</u>
Anstieg der Verschuldung der am wenigsten entwickelten Länder ^b		7	7	9	19	20	18	41	53	47

Die Hauptsorge ist heute, dass die Geschäftsbanken in den achtziger Jahren nicht dieselbe Rolle werden spielen können. Dafür gibt es die folgenden Gründe:

- Wie bereits erwähnt, werden sich die Entwicklungsländer auf der einen Seite und die Industrieländer und die Länder mit zentraler Planwirtschaft auf der anderen Seite einen harten Kampf um die verfügbaren Mittel liefern;

^a Enthält kleine Darlehen an Länder der niedrigen Einkommensgruppe, die nicht extra ausgewiesen werden konnten.

^b 1970-75 und 1979 sind Schätzungen der Weltbank. Für die anderen Jahre kommen die Angaben von der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich.

- zwei Drittel aller Darlehen der Geschäftsbanken waren auf nur zehn Länder der mittleren Einkommensgruppe konzentriert. Diese Länder haben nun erhebliche Schulden bei den Geschäftsbanken akkumuliert und einige Banken sind besorgt über die Beschränkungen ihres Portfolios; und
- in zunehmendem Masse reglementieren die Bankenaufsichtsbehörden die Aktivitäten der Geschäftsbanken in Entwicklungsländern.

Das bedeutet nicht, dass der Strom privaten Kapitals in die Entwicklungsländer sich in den achtziger Jahren nicht ausweiten wird. Das wird ganz gewiss der Fall sein. Die Frage ist vielmehr, ob die Expansion gross genug sein wird, sicherzustellen, dass die Anpassungsprozesse in diesen Ländern unter hinreichend hohen und nicht etwa unakzeptabel niedrigen Wachstumsraten stattfinden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dies 1980 der Fall sein wird und möglicherweise auch 1981. Für die Zeit nach 1981 ist diese Gewissheit nicht mehr gegeben. Führende Bankiers in Westeuropa und Nordamerika haben das bereits deutlich bezweifelt.

Es ist daher nicht zu früh, über Möglichkeiten zu diskutieren, wie die Rolle der Geschäftsbanken unterstützt und durch zusätzliche Massnahmen ergänzt werden kann, sollten sich die geäusserten Zweifel als gerechtfertigt erweisen. Mit diesen Fragen sollten sich das Entwicklungskomitee und die Aufsichtsräte von Internationalem Währungsfonds und Weltbank im kommenden Jahr vorrangig befassen.

Wenn das Recycling eines Teils der Kapitalüberschüsse der ölexportierenden Länder in die Entwicklungsländer während der achtziger Jahre effizient und gerecht stattfinden soll, dann kann es keinen Zweifel geben, dass die finanzielle Mittlerrolle der beiden Bretton Woods-Institutionen sowie anderer internationaler Institutionen erheblich über den früher geplanten Rahmen hinausgehen muss, um die Aufgabe der Geschäftsbanken zu ergänzen.

Die Aufgabe, finanziell zu vermitteln war ja bekanntlich einer der Hauptgründe für die Einrichtung dieser Institutionen. Sie sollten für den äussersten Notfall bereitstehen und das Recycling

von Kapital aus Überschussländern in Defizitländer durchführen, sei es nun zur Überwindung kurzfristiger Zahlungsbilanzschwierigkeiten oder zur Durchführung langfristiger Entwicklungsvorhaben.

Für die achtziger Jahre wird es notwendig sein, die Funktionen der Bretton Woods-Institutionen im Hinblick auf ihre Rolle im Recycling finanzieller Ströme zu überprüfen. Ich werde sogleich eine mögliche Rolle, die die Weltbank dabei spielen kann, diskutieren.

Bevor ich mich jedoch diesem Thema zuwende, möchte ich noch einmal auf einen entscheidenden Entwicklungskomplex näher eingehen, der über die weltweiten Anpassungsprobleme in Gefahr gerät, an die Seite geschoben zu werden. Es handelt sich um die wichtigste Entwicklungsaufgabe überhaupt, nämlich dem Kampf gegen die absolute Armut.

IV. DER KAMPF GEGEN DIE ARMUT

In der vergangenen Dekade habe ich in diesem Forum immer wieder – gelegentlich auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen und zu langweilen – die Aufmerksamkeit auf die Hauptentwicklungsziele gelenkt. Es handelt sich dabei um zwei Punkte: die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und die Ausrottung dessen, was ich mit "absoluter Armut" bezeichnet habe.

Was Wirtschaftswachstum ist, liegt natürlich auf der Hand. Ebenso verhält es sich mit absoluter Armut, sobald man einmal mit Gesellschaften in Entwicklungsländern in Berührung gekommen ist: Es handelt sich um Lebensbedingungen, die durch Mangelernährung, Analphabetentum, Krankheit, hohe Säuglingssterblichkeit sowie geringe Lebenserwartung derart beschränkt sind, dass die Definition für menschliche Würde dafür nicht angebracht ist.

Die beiden Ziele sind im Innersten miteinander verwandt, obwohl Regierungen oft versucht sind, das eine zu verfolgen, ohne dem anderen angemessene Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Vom Entwicklungsstandpunkt aus gesehen, ist dieser Ansatz letztendlich doch immer zum Scheitern verurteilt. Die Verfolgung von Wachstum ohne angemessene Berücksichtigung

einer gleichmässigen Verteilung führt letztendlich zu sozialer Instabilität, und zwar oft mit gewaltsamen Auswirkungen. Wenn man umgekehrt Gleichheit ohne angemessene Aufmerksamkeit für Wachstum verfolgt, führt das oft lediglich zur Umverteilung wirtschaftlicher Stagnation.

Keiner der beiden Ansätze kann für sich genommen zu anhaltender, erfolgreicher Entwicklung führen.

Bei unserem Treffen hier im Jahre 1972 habe ich eine Diskussion dieser Themen in Gang gebracht. Ich habe darauf hingewiesen, dass nur ein allzu geringer Teil der Segnungen des Wirtschaftswachstums die unteren 40% der Bevölkerung in den Entwicklungsländern überhaupt erreichte. Für 800 Millionen Individuen bedeutet das, dass ihre Länder zwar allgemeinwirtschaftliche Fortschritte machten, sie selbst in ihrem Leben menschlich gesehen auf der Stelle traten, Gefangene der Armut blieben.

Während unsere Analysen von Wachstum und Gleichheit in diesem Treffen in den folgenden Jahren fortgesetzt wurden, entwarfen wir eine Reihe spezifischer Aktionen, mit deren Hilfe man sich im Zusammenhang einer umfassenden Entwicklungsplanung direkt mit diesem Problem auseinandersetzen konnte. Es lag auf der Hand, dass jede erfolgreiche Anstrengung zur Bekämpfung der Armut zwei grundlegende Dinge leisten müsste:

- den Armen bei der Steigerung ihrer Produktivität zu helfen;
- sowie ihnen einen Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen zu sichern.

In unserem Treffen in Nairobi im Jahre 1973 habe ich ein grösseres Programm für die ländlichen Gebiete vorgeschlagen, in denen der weitaus grösste Teil der absolut Armen konzentriert ist. Diese Strategie zielte auf eine Gruppe von rund gerechnet 100 Millionen Subsistenzfarmern und deren Familien ab, von denen die meisten zwei Hektar oder weniger bebauen. Das Programm hat sich ebenso die Steigerung ihrer landwirtschaftlichen Produktivität und damit ihrer Einkommen zum Ziel gesetzt wie die Schaffung eines gerechteren Zugangs zu von ihnen benötigten Dienstleistungen.

Zwei Jahre später, bei unserem Treffen 1975, habe ich ein entsprechendes Programm für die städtischen Gebiete umrissen. Obgleich die Lebensbedingungen der etwa 200 Millionen absolut Armen in den Städten sich von denen auf dem Lande unterscheiden, ist die Strategie im Grunde dieselbe: die Hindernisse für bessere Verdienstmöglichkeiten zu beseitigen, den Zugang zu grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen zu erweitern und dabei zu helfen, dass das produktive Potential besser ausgeschöpft wird.

In jedem der folgenden Jahre ist unsere Diskussion dieser Themen intensiver geworden.

Heute jedoch sehen sich – wie ich heute morgen ausgeführt habe – die meisten Entwicklungsländer einer neuen, unvorhergesehenen und – sicherlich mindestens für die nächsten paar Jahre – sehr schwierigen Situation gegenübergestellt.

Ihre Wachstumsraten werden bescheiden sein, ihr Kapitalbedarf hingegen hoch. Und ihre Regierungen werden beträchtlichem Druck ausgesetzt sein, strenge Budgetbeschränkungen für alle diejenigen Aktivitäten einzuführen, denen nicht unmittelbare Priorität zuerkannt wird.

Unter diesen Begleitumständen wird die Versuchung gross sein, Anti-Armuts-Programme zurückzustellen und zu verschieben, und zwar mit der Begründung, dass die Armut ein langfristiges Problem sei, die gegenwärtigen Zahlungsbilanzdefizite hingegen eine kurzfristige Notlage: Die Armut kann warten, die Defizite jedoch nicht.

Das ist ein sehr trügerisches Argument.

Wachsende Defizite können nicht auf unabsehbare Zeit mitgeschleppt werden, und die notwendige Lösung liegt, wie wir gesehen haben, in einer Strukturanpassung. Anstrengungen zur Durchführung dieser grundlegenden Anpassung dürften in der Tat nicht aufgeschoben werden.

Die absolute Armut in einer Gesellschaft kann jedoch auch nicht für eine unbestimmte Zeit ertragen werden. Sie zu ignorieren, auf die lange Bank zu schieben, ihre Dringlichkeit mit der bequemen Ausrede abzuschwächen, deren Lösung sein ein

„langfristiges“ Ziel – und es gäbe andere Probleme mit höherer Priorität – ist eine gefährliche Selbsttäuschung.

Die Reduzierung und Eliminierung der massiven absoluten Armut ist das Kernstück der Entwicklung selbst. Sie ist der kritische Punkt für das Überleben jeder vernünftigen Gesellschaft.

Es liegt auf der Hand, dass Entwicklung nicht einfach ökonomischen Fortschritt bedeutet, gemessen am Bruttosozialprodukt. Sie ist etwas viel Grundlegenderes. Sie ist essentiell menschliche Entwicklung; das heisst, die Realisierung des inhärenten Potentials eines Individuums.

Die absolute Armut ist andererseits ein Rahmen ungünstiger Umstände, die die Verwirklichung eben dieses Potentials eines Individuums entscheidend behindert. Sie ist eine direkte Verweigerung der Segnungen der Entwicklung.

Und sie ist noch mehr. Sie ist eine offene Beleidigung unser aller Menschenwürde: für die der Armen selbst, weil diese es als Menschen einfach besser verdienen; und für alle von uns, die wir hier versammelt sind, da wir es gemeinsam in der Hand gehabt haben, die Armut zu bekämpfen, und es nicht getan haben.

Heute, da sowohl die Entwicklungs- als auch die entwickelten Länder die harten Zeiten schmerzlich zu spüren bekommen, werden wir da noch weniger tun?

Lassen Sie uns einen Punkt klarstellen. Den Angriff auf die Armut aufrechtzuerhalten ist kein ökonomischer Luxus – etwas, das man sich in guten Zeiten leistet und was überflüssig wird, wenn schwierige Zeiten ins Haus stehen.

Es ist genau das Gegenteil. Es ist eine ständige soziale und moralische Verpflichtung und ein ökonomisches Muss – der Bedarf dafür ist heute grösser denn je. Es stimmt, dass zähflüssiges Wirtschaftswachstum sowohl in den Entwicklungs- als auch den entwickelten Ländern in den frühen achtziger Jahren bedeuten kann, dass die Privilegierten und Wohlhabenden sich in den meisten Gesellschaften mit geringeren Fortschritten oder gar mit gewissen Rückschritten in ihrem bereits begünstigten Lebensstandard werden begnügen müssen. Wenn es sein muss, können sie solche Unbequemlichkeiten absorbieren.

Für die 800 Millionen absolut Armen jedoch ist ein derartiger Rückschritt eine ganz andere Sache. Für sie bedeutet zurück nicht Unbequemlichkeit, sondern abstossende Entbehrung. Sie haben wenig Spielraum für Askese. Sie stehen bereits an der Grenze, bis zu der Überleben möglich ist.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die absolute Armut nicht eine einfache Funktion unzureichenden persönlichen Einkommens ist. Auch wenn die Armen ein zu geringes Einkommen haben und unbedingt mehr brauchen, steht ihre Bürde nicht allein damit in Zusammenhang.

Ihre Entbehrungen gehen über das Einkommensproblem hinaus. In vielen Fällen könnten sie, selbst wenn ihr Einkommen höher wäre — was es in Zukunft sein muss —, sich nicht aufgrund dieser Tatsache allein aus ihrer misslichen Lage befreien.

Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass die absolute Armut ein Netz von sämtlich ungünstigen Umständen ist, die sich gegenseitig verstärken und begünstigen.

Und damit wir nicht unempfindlich werden für das gewaltige Ausmass dieser Umstände in den Entwicklungsländern, ist es gut, wenn wir uns selbst an ihren Umfang erinnern:

- 600 Millionen der Erwachsenen — 100 Millionen mehr als 1950 — können weder lesen noch schreiben, und nur vier von zehn ihrer Kinder absolvieren mehr als drei Jahre Grundschule.
- Von zehn in Armut geborenen Kindern sterben zwei im ersten Lebensjahr; ein weiteres stirbt, bevor es fünf wird, und nur fünf werden älter als 40 Jahre.
- Allgemeine Kinderkrankheiten — Masern, Diphtherie, Keuchhusten und Polio — die in den entwickelten Ländern entweder ausgerottet oder zu unbedeutenden Ärgernissen geworden sind, sind in der Welt der Entwicklungsländer häufig tödlich. Ein Kind dort hat eine 200 mal grössere Chance, an Masern zu sterben, als hier.
- Obgleich alle vier dieser Krankheiten durch einfache Impfungen verhindert werden können, werden heute weniger

als 10% der jedes Jahr in Entwicklungsländern zur Welt kommenden Kinder dagegen geschützt.

- Mangelernährung trifft Hunderte von Millionen von Individuen, reduziert ihre Energie und Motivation, unterminiert ihre Leistungen in der Schule und am Arbeitsplatz, verringert ihre Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und beeinträchtigt oft ihre physische und geistige Entwicklung.
- In den Entwicklungsländern mit niedrigen Einkommen beträgt die Lebenserwartung der 1,3 Milliarden Bewohner 50 Jahre, in Industrienationen hingegen fast 75.
- Kurz zusammengefasst, verglichen mit denen, die das Glück haben, in entwickelten Ländern zu leben, haben Einwohner der ärmsten Länder eine achtmal höhere Säuglingssterblichkeit, eine um ein Drittel geringere Lebenserwartung, einen Anteil von des Lesens und Schreibens kundigen Erwachsenen, der um 60% geringer ist, einen Ernährungsstandard, der für jeden Zweiten der Bevölkerung unter den minimal akzeptablen Standards liegt, und für Millionen von Säuglingen weniger Protein, als zur optimalen Gehirnentwicklung ausreicht.

Diese unpersönlichen abgerundeten Zahlen sind nicht bloss statistische Angaben aus dem Computer irgendeines Ökonomen. Hinter ihnen stehen Menschen. Besonders tragisch ist, dass so viele von ihnen Kinder sind. Von der Gesamtzahl von zweieinhalb Milliarden Menschen in den über 100 Entwicklungsländern, in denen die Weltbank arbeitet, sind etwa 900 Millionen jünger als 15 Jahre.

Auf ihnen lastet die wesentliche Hoffnung für die Zukunft ihrer Gesellschaft. Und doch leidet fast die Hälfte von ihnen an auszehrenden Krankheiten, die mit grosser Wahrscheinlichkeit langfristige Folgewirkungen haben. Erheblich mehr als ein Drittel von ihnen ist unterernährt. Ein Drittel aller Kinder im Grundschulalter besuchen keine Schule.

All diese Fakten illustrieren die tragische Verderbnis der Armut. Wenn in der Bevölkerung eines Landes Millionen ungebildet, mangelernährt und krank sind, wie sollen sie dann einen ange-

messenen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und sozialen Fortkommen ihres Landes leisten? Die Armut, in der sie ohne eigenes Verschulden gefangen sind, macht es ihnen einfach unmöglich.

Wie ich bereits aufgezeigt habe, trägt die Armut selbst daran die Hauptschuld, nicht die einzelnen Menschen, die zufällig arm sind. Sie stellen ein ungeheures menschliches Potential dar.

Früher wurde immer gesagt, dass der Kapitalmangel das Haupthindernis für wirtschaftliches Wachstum sei. Wir wissen jedoch heute, dass mit Kapitalbildung weniger als ein Drittel der Unterschiede in den Wachstumsraten der Entwicklungsländer erklärt werden können. Die Entwicklung der menschlichen Ressourcen erläutert viel mehr.

Eine Investition in das menschliche Potential der Armen ist daher nicht nur moralisch das Richtige, es ist auch ökonomisch sehr vernünftig.

Was sicherlich ökonomisch sehr unvernünftig ist, ist, eine Kultur der Armut sich innerhalb einer Nation soweit entwickeln zu lassen, dass sie beginnt, die gesamte soziale und politische Struktur zu infizieren und zu zersetzen.

Keine Regierung will die Armut verewigen. Aber nicht alle Regierungen sind in dieser Zeit des gebremsten Wirtschaftswachstums davon überzeugt, dass sie tatsächlich viel gegen ein derartig ungeheures Problem tun können.

Aber sie können es doch.

Eine Reihe von Angriffsarten verdient Beachtung. Ich möchte heute zwei herausstellen, die unsere Forschungen des letzten Jahres widerspiegeln. Beide stellen die Entwicklung der menschlichen Ressourcen in den Mittelpunkt. Es sind dies: der Neuentwurf von Sozialprogrammen mit dem Ziel, die Pro-Kopf-Kosten zu reduzieren und gleichzeitig ihren Wirkungsbereich auszuweiten; sowie die Restrukturierung der gesamten Programme des sozialen Sektors zur Festlegung von Prioritäten, die die Vorteile von Verbindungen und gegenseitigen Ergänzungen ausnützen und dadurch die Gesamtkosten reduzieren. Wenn die grundlegenden Dienstleistungen nicht sowohl neu entworfen als auch reorganisiert werden, um sich gegenseitig zu ergänzen, werden

Regierungen sie sich nicht mehr im erforderlichen Umfang leisten können, besonders in Zeiten der Knappheit.

Unsere Studien bestätigen die zusammenwirkenden Effekte von Aktionen, die dazu bestimmt sind, die grundlegenden Bedürfnisse in jedem der fünf Kerngebiete zu befriedigen: Ausbildung, Gesundheitsvorsorge, Versorgung mit sauberem Wasser, Ernährung und Wohnraumbeschaffung. Alle diese Bereiche hängen untereinander zusammen. Fortschritte auf einem Gebiet tragen zum Fortkommen der anderen bei, und alle gemeinsam führen zu höheren Erträgen.

Die Reduzierung beispielsweise von Erkrankungen und parasitären Infektionen des Magen-Darm-Traktes – durch Aufklärung, sauberes Wasser und Gesundheits- und sanitäre Programme – steigert den Nährwert jeder verfügbaren Nahrungsmenge beträchtlich.

Diese Verbesserung in der Ernährung kann wiederum die Lernfähigkeit der Schüler verbessern und damit auch die positiven Auswirkungen der Ausbildung, die sie genießen, bis hin zu verbesserter Produktivität und höherem Einkommen.

Studien in vielen Ländern haben nachgewiesen, dass Kleinbauern mit Elementarschulbildung produktiver sind als ohne. Sie übernehmen schneller Neuerungen und sind den Anregungen von Beratern gegenüber aufgeschlossener.

Ebenso hat die Forschung den Zusammenhang zwischen Elementarausbildung und einer Reduzierung der Säuglingssterblichkeit bestätigt. Studien in Bangladesh, Kenia und Kolumbien haben gezeigt, dass Kinder eine bessere Überlebenschance haben, je besser ausgebildet ihre Mütter sind, und das sogar unter Berücksichtigung von Einkommensunterschieden in den Familien.

In Sri Lanka hat eine ausgedehnte Aufklärungskampagne bis zu einem bestimmten Grad die schlechte Wasserqualität ausgeglichen, da die Dorfbewohner gelernt haben, das Wasser abzukochen, um Verseuchungen zu eliminieren. Gesundheit und Ernährung haben überall in der Welt der Entwicklungsländer einen Einfluss darauf, mit welchem Erfolg Kinder zur Schule gehen, wie lange sie dort verbleiben oder ob sie tatsächlich überhaupt eingeschult werden.

Berufstätigkeit in den Städten, besonders im modernen Sektor, hängt nicht nur oft vom Ausbildungsgrad ab, sondern auch von Gesundheit und Ernährung. Arbeiter, die rasch ermüden und wenig widerstandsfähig gegen chronische Krankheiten sind, sind ineffizient und tragen beträchtlich zur Unfallrate, Abwesenheit und zu unnötigen Arztkosten bei. Was noch schwerer wiegt, in dem Ausmass, in dem ihre geistige Kapazität durch Mangeler-nährung in der Kindheit beeinträchtigt ist, reduziert sich ihre Fähigkeit zur Durchführung technischer Aufgaben. Geschicklichkeit, Aufmerksamkeit und Initiative sind dahingeschwunden.

Und dennoch sind grundlegende öffentliche Dienstleistungen nicht nur oft für die Armen unerreichbar, sondern die bestehenden Einrichtungen sind oft derart unangemessen konzipiert, dass sie an deren Bedürfnissen buchstäblich vorbeigehen: eindrucksvolle vierspurige Autobahnen, aber zu wenige Marktstrassen; hochspezialisierte städtische Heilkliniken, aber zu wenige ländliche Kliniken für die Vorsorgemedizin, angesehene Institutionen der weiterführenden Ausbildung, aber zu wenige Grundschulen und Lese- und Schreibkurse auf Dorfebene.

Öffentliche Dienstleistungen, die nicht bescheiden und zu geringen Kosten pro Einheit angelegt sind, dienen letztendlich fast sicher nur den wenigen Privilegierten anstatt den zu kurz gekommenen Massen.

Um diesen Trend umzukehren, müssen Regierungen darauf vorbereitet sein, harte und politisch heikle Entscheidungen zu treffen, und knappe Ressourcen neu zuzuteilen auf weniger kunstvolle – dafür aber breiter angelegte – Liefersysteme, die die Dienstleistungen an die Armen heranführen sowie die Armen an die Dienstleistungen.

Den Entwicklungsländern stehen heute natürlich nicht die finanziellen und administrativen Ressourcen zur Verfügung, um schnell all die Unzulänglichkeiten der Ausbildungs-, Gesundheits- und anderer öffentlicher Dienstleistungen zu beseitigen, die die Armen zu kurz kommen lassen. Sie müssen – aus ganz realer Notwendigkeit heraus – auswählen, worauf sie ihre Bemühungen konzentrieren wollen.

Um so mehr Grund haben sie dann, die wichtigsten Verbindungen und gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeiten verschiedener öffentlicher Dienstleistungen zu analysieren, da ihre kombinierte Nutzbarmachung zu einer erheblichen Kostenreduzierung in bezug auf einzelne Dienstleistungen und dadurch in bezug auf die Gesamtkosten des laufenden Armutsprogramms führen kann.

Es liegen beispielsweise Schätzungen vor, dass die volle Ausnützung dieser Interdependenzen unter den Sektoren in Ägypten, zusammen mit neugestalteten Programmen innerhalb der Sektoren, die erforderlichen Mittel zur Reduzierung und schliesslichen Eliminierung der absoluten Armut um mehr als ein Drittel verringern würde.

Wenn eine Auswahl getroffen werden muss – und das ist unvermeidlich –, wie sehen die vielversprechendsten Ansatzpunkte aus?

Das wird natürlich in verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich aussehen, aber im Fall der meisten Entwicklungsländer verdienen zwei Bereiche besondere Aufmerksamkeit. Der eine ist die Elementarausbildung, ganz besonders für Mädchen. Der andere betrifft grundlegende Gesundheitsfürsorge.

Elementarausbildung

Die Zahlen für den Schulbesuch überall in der Welt der Entwicklungsländer bleiben immer noch weit hinter dem Ziel einer universalen Elementarausbildung für Jungen und Mädchen zurück. Das Bild verdüstert sich noch durch die Zahlen derer, die ihre Ausbildung abbrechen, deren Anteil oft über 50% beträgt.

Die Forschung macht es offensichtlich, dass der ökonomische Ertrag einer Elementarausbildung für Jungen hoch ist. Das wird nicht immer anerkannt. Ich möchte jedoch heute etwas betonen, das weitaus weniger anerkannt und verstanden wird. Es handelt sich dabei um den enorm günstigen Einfluss auf die Reduzierung der Armut, der aus der Mädchenausbildung resultiert.

In den Gesellschaften der meisten Entwicklungsländer haben Frauen einfach keinen gleichwertigen Zugang zu Ausbildung. Die Zahl der des Lesens und Schreibens unkundigen Frauen wächst

schneller an als die der entsprechenden Männergruppe. Fast zwei Drittel aller Analphabeten der Welt sind Frauen, und buchstäblich überall wird Männern gegenüber Frauen sowohl für die Allgemein- als auch die praktische Berufsausbildung der Vorzug gegeben.

Ein Grund dafür liegt darin, dass das vorherrschende Bild der Frauen ihren tatsächlichen gesellschaftlichen Beitrag verzerrt darstellt. Frauen werden hauptsächlich als Mütter geschätzt und dazu ermutigt, sich auch selbst so einzuschätzen. Ihr wirtschaftlicher Beitrag wird fast immer unterbewertet, obgleich er in einer Anzahl von Entwicklungsländern beträchtlich ist.

Es ist eine Tatsache, dass in Subsistenzgesellschaften Frauen im allgemeinen mindestens 50% aller Arbeiten im Zusammenhang mit landwirtschaftlicher Produktion und Verarbeitung leisten, und das zusätzlich zur Aufzucht der Kinder und zur Haushaltsarbeit.

Ausbildung verbessert die Aussichten für ein Mädchen, ausserhalb des Hauses beschäftigt zu werden, deutlich. In einer vergleichenden Studie von 49 Ländern demonstrierte das Niveau weiblicher Ausbildung in jedem Land einen entscheidenden Einfluss auf den Anteil an weiblichen Einkommensempfängern.

Erweiterte Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen werden ebenso die Fruchtbarkeit erheblich reduzieren. In Lateinamerika zeigen Studien z.B. auf, dass in so unterschiedlichen Bezirken wie Rio de Janeiro, dem ländlichen Chile und Buenos Aires, Frauen mit abgeschlossener Grundschulausbildung im Durchschnitt etwa zwei Kinder weniger haben als solche ohne Ausbildung.

Von allen Aspekten der sozialen Entwicklung scheint das Ausbildungsniveau am häufigsten mit geringerer Fruchtbarkeit in Zusammenhang zu stehen. Und es ist deutlich messbar, dass ein Ausbildungszuwachs bei Frauen die Fruchtbarkeit in grösserem Ausmass zu reduzieren tendiert als ein ähnlicher Zuwachs bei Männern. In Gesellschaften, in denen rasches Bevölkerungswachstum Ressourcen aufzehrt, werden die Ausgaben für Ausbildung und Training der Jungen, denen keine vergleichbaren Ausgaben für Mädchen gegenüberstehen, sehr wahrscheinlich

letzten Endes durch die unverändert hohe Fruchtbarkeit der Mädchen umsonst gewesen sein.

Frauen repräsentieren ein ernsthaft unterbewertetes Potential im Entwicklungsprozess. Eine Fortführung ungleicher Praktiken, die die Frauen ausschliesslich auf ihre eng begrenzte traditionelle Rolle beschränkt, verweigert nicht nur sowohl ihnen selbst als auch der Gesellschaft den Nutzen dieses Potentials, sondern verschärft zudem das Problem der Reduzierung der Armut erheblich.

Grundlegende Gesundheitsfürsorge

Auch auf dem Gesundheitssektor können sorgfältig entworfene und in ihrer Zielrichtung genau abgestimmte Anstrengungen einen bedeutenden Beitrag zu einem übergreifenden Anti-Armuts-Programm leisten.

In den meisten Entwicklungsländern sind Ausgaben auf dem Gesundheitssektor fast ausschliesslich darauf konzentriert gewesen, eine kleine städtische Elite mit teuren Heil- und Pflegesystemen auszustatten – hochspezialisierte Ärzte und hochtechnisierte Krankenhäuser –, die für 90% der Bevölkerung unerreichbar waren. Gebraucht werden jedoch weniger ausgeklügelte, weniger teure, dafür aber effizientere Systeme der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge, die die Masse der Bevölkerung erreichen.

Sogar ziemlich arme Länder können dies mit Erfolg durchführen, wenn nur eine vernünftige Politik dabei verfolgt wird. Vor etwa 25 Jahren beschloss z.B. Sri Lanka, die Gesundheitsinstitutionen auf dem Lande zu verbessern. Als Ergebnis der Bemühungen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge, in Verbindung mit gleichzeitigen Bemühungen in den Bereichen Ausbildung und Ernährung, hat man über die letzten zwanzig Jahre ein Absinken der Säuglingssterblichkeit auf 47 pro 1000, einen Anstieg der Lebenserwartung auf 69 Jahre und einen damit verbundenen Rückgang der Brutto-Geburtenrate auf 26 erreicht.

Viele andere Länder jedoch – Länder mit wesentlich höherem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung als Sri Lanka – haben ebenso viel oder mehr für den Gesundheitssektor ausgegeben und wesentlich geringere Resultate erzielt, weil sie es

versäumt haben, ihr Hauptaugenmerk auf einfache, kostengünstige, aber effiziente grundlegende Fürsorgesysteme zu richten.

Die Türkei z.B. hatte 1978 ein Bruttosozialprodukt pro Kopf von U.S. Dollar 1.200.- (Sri Lanka im Vergleich dazu U.S. Dollar 190.-), ihre Bemühungen aber auf die städtische Gesundheitspflege mit konventionellen Einrichtungen konzentriert. Die Türkei hat heute eine Säuglingssterblichkeitsrate von 118 pro 1.000, eine Lebenserwartung von 61 Jahren und eine Brutto-Geburtenrate von 32 – und bleibt damit in allen Bereichen weit hinter den Erfolgen Sri Lankas zurück.

Ein Bestandteil der vorbeugenden Gesundheitspflege-Programme sollte für alle Regierungen die besondere Bemühung um die drastische Reduzierung der Kinder- und Säuglingssterblichkeitsraten sein. Die durchschnittlichen Säuglingssterblichkeitsraten – Todesfälle pro Tausend im ersten Lebensjahr – liegen weit über 140 in Afrika, etwa um 120 in Asien und bei 60 in Lateinamerika. In den entwickelten Ländern beträgt die durchschnittliche Rate nur 13.

Warum sind diese Zahlen in der Welt der Entwicklungsländer so hoch? Grösstenteils sind dafür verantwortlich niedrige Ernährungsstandards sowie unzureichende Hygiene, Gesundheitspraktiken und Dienstleistungen. Und doch können die Kinder- und Säuglingssterblichkeitsraten relativ schnell mit Hilfe einer Kombination von neukonzipierter und neuorientierter Gesundheits-, Ausbildungs- und Ernährungspolitik reduziert werden. Und der Nutzen in der Gestalt von geringerer Fruchtbarkeit, gesünderen Kindern und gesteigerter Produktivität rechtfertigt Anstrengungen und Kosten eindeutig.

Die Wahrheit ist, dass ein grundlegendes Ausbildungspaket für Männer und Frauen – und ganz besonders für Frauen – sowie ein sorgfältig zusammengestelltes Programm grundlegender Gesundheitsfürsorge für Stadt und Land eine Investition darstellen, die zu missachten sich kein Entwicklungsland leisten kann.

Der wirtschaftliche Ertrag wird gewaltig sein. Das Gleiche gilt für andere Investitionen in das bisher unangetastete menschliche Potential der Allerärmsten. Sogar in einer Periode der Knappheit –

in der Tat, besonders in einer Periode der Knappheit—müssen diese Investitionen beschleunigt werden.

Ich möchte mich nun der Rolle zuwenden, die die Weltbank selbst in den achtziger Jahren spielen kann. Um den Hintergrund festzulegen, vor dem man diese Rolle sehen muss, lassen Sie mich kurz die Hauptpunkte zusammenfassen, die bisher in unserer Diskussion aufgetreten sind.

V. DIE ROLLE DER WELTBANK IN DEN ACHTZIGER JAHREN

Die Zahlungsbilanzdefizite ölimportierender Länder sind in dramatischem Umfang gestiegen. Dieser Anstieg der Defizite findet seinen Niederschlag in einem Teil der Kapitalüberschüsse ölexportierender Länder. Die weltweiten Vermittlungsbemühungen um Ausgleich und Abbau dieser Überschüsse müssen in erster Linie darauf gerichtet sein, sicherzustellen, dass angemessene Teile davon direkt oder indirekt in diese Entwicklungsländer zurückfliessen.

Die Hilfe, die die Entwicklungsländer in den achtziger Jahren brauchen werden, um das Ausmass der absoluten Armut erfolgreich zu bekämpfen und die durch äussere Einwirkungen notwendig gewordenen strukturellen Anpassungsmassnahmen durchführen zu können, wird heute weit höher angesetzt als vor den Ereignissen der letzten achtzehn Monate.

Die Entwicklungsländer, die schon 90% ihrer Entwicklungsvorhaben selbst finanzieren, müssen jetzt zusätzlich beträchtliche Mittel mobilisieren. Durch eigene Anstrengungen allein können sie jedoch mit dieser gewaltigen Aufgabe nicht fertigwerden. Daher müssen sämtliche bereits formulierten Programme internationaler Hilfe, einschliesslich das der Weltbank, neu überprüft werden, um Mittel und Wege zu finden, wenigstens die dringenden Bedürfnisse aller Entwicklungsländer zu decken.

Im Hinblick auf diese Perspektive sollte das zukünftige Ausleihvolumen der Weltbank und ihre Ausleihpolitik neu überdacht werden. Die Weltbank kann zweifellos nicht alles tun. Auch sollte sie das nicht versuchen. Auf der anderen Seite dürfen wir uns nicht der Verantwortung entziehen, die wir den Entwicklungsländern gegenüber tragen.

Lassen Sie uns kurz die Rolle betrachten, die die Weltbank während der letzten zehn Jahre eingenommen hat.

Während der vergangenen zwölf Jahre hat die Weltbankgruppe ihre finanzielle Hilfe an die zu entwickelnde Welt in dramatischem Umfang gesteigert (siehe Tabelle VI).

**TABELLE VI—WELTBANKGRUPPE: FINANZIELLE ZUSAGEN
UND NETTOAUSSAHLUNGEN**
(in Milliarden Dollar)

	Jahresdurchschnitt pro Periode			Arbeitsplan*						
	Geschäftsjahre			Geschäftsjahr		Geschäftsjahr				
	1964 -68	1969 -73	1974 -78	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Neue Darlehen										
IBRD	0,9	1,8	4,9	7,0	7,6	8,6	9,6	10,7	11,9	13,2
IDA	0,3	0,8	1,6	3,0	3,8	3,6	4,1	4,7	5,0	5,3
IFC	—	0,1	0,2	0,4	0,7	0,6	9,7	0,8	0,9	1,1
Gesamt in laufenden \$	<u>1,2</u>	<u>2,7</u>	<u>6,7</u>	<u>10,4</u>	<u>12,1</u>	<u>12,8</u>	<u>14,4</u>	<u>16,2</u>	<u>17,8</u>	<u>19,6</u>
Gesamt in konstanten \$ des Geschäfts- jahres 1980	<u>5,0</u>	<u>6,8</u>	<u>9,5</u>	<u>11,2</u>	<u>12,1</u>	<u>11,9</u>	<u>12,6</u>	<u>13,3</u>	<u>13,8</u>	<u>14,3</u>
Aussahlungen										
IBRD	0,5	0,9	2,2	3,6	4,4	5,2	6,3	7,4	8,3	9,2
IDA	0,3	0,3	1,1	1,2	1,4	1,8	2,2	2,7	3,5	4,1
IFC	—	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,5	0,7	0,8	0,9
Gesamt in Laufenden \$	<u>0,8</u>	<u>1,3</u>	<u>3,5</u>	<u>5,0</u>	<u>6,1</u>	<u>7,3</u>	<u>9,0</u>	<u>10,8</u>	<u>12,6</u>	<u>14,2</u>
Gesamt in konstanten \$ des Geschäfts- jahres 1980	<u>3,1</u>	<u>3,5</u>	<u>5,3</u>	<u>5,5</u>	<u>6,1</u>	<u>6,7</u>	<u>7,6</u>	<u>8,6</u>	<u>9,4</u>	<u>9,9</u>

Während dieser Jahre ist jedoch die Höhe der Bankausleihen nicht das prinzipielle Ziel gewesen. Es kam uns nicht darauf an, einfach nur mehr zu tun. Wir wollten einen höheren Beitrag zu solchen Massnahmen leisten, die sich für die Entwicklungsbedürfnisse unserer Mitgliedsländer als die wirksamsten erwiesen hatten.

*Der Arbeitsplan wird jährlich von den Exekutivdirektoren überprüft; er basiert auf der Annahme, dass die erforderliche Gesetzgebung für die generelle Kapitalerhöhung und die sechste Wiederauffüllung der IDA planmässig erfolgt.

Während der vergangenen zehn Jahre hat sich daher eine grössere qualitative Verlagerung im Ausleihengeschäft der Weltbank vollzogen. Ebenso hat sich die Entwicklungspolitik der Bank geändert. Diese Veränderungen waren vorgenommen worden, nachdem man zu der Überzeugung gelangt war, dass das Einkommen sowie die generelle Wohlfahrt der absolut Armen nur unakzeptabel langsame Fortschritte machen würden, wenn diese darauf warten müssten, dass aus dem generellen Wirtschaftswachstum etwas zu ihnen nach unten durchsickert.

Es wurde offensichtlich, dass die Entwicklungsländer Entwicklungsstrategien und Investitionsprogramme würden entwickeln müssen, um den Armen in ihrer Gesellschaft zu helfen, produktiver zu werden, und um ihnen einen gerechten Anteil an den Sozialleistungen zuzusichern.

Während der siebziger Jahre hat die Weltbank entschlossene Anstrengungen unternommen, ihren Mitgliedsländer bei der Formulierung solcher Strategien zu helfen, sowie bei der Finanzierung und Durchführung derartiger Projekte. Die Weltbank hat diesem Ziel einen grossen Teil ihrer intellektuellen Kapazität sowie einen wachsenden Anteil ihres ausgeweiteten Ausleihprogrammes gewidmet. In den Geschäftsjahren 1964-68 betrug die Gesamtsumme derartiger Darlehen jährlich nur 60 Millionen Dollar, was einen Anteil von weniger als 5% der Gesamtausleihen ausmachte. Im Geschäftsjahr 1980 waren diese Darlehen auf 3,565 Milliarden Dollar angewachsen und entsprechen einem Anteil am Gesamtvolumen von über 30%. In diesem Jahr allein genehmigte die Weltbank Projekte zur landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung, um die Produktivität und damit das Einkommen von 29 Millionen Menschen, unter ihnen 18 Millionen der Allerärmsten, zu erhöhen, und um die Nahrungsmittelproduktion um 6 Millionen Tonnen pro Jahr zu steigern.

Autobahnen, Elektrizität und andere traditionelle Infrastruktur- und Produktionsinvestitionen sind natürlich nach wie vor für die Entwicklung von lebenswichtiger Bedeutung. Sie sind notwendig, um die Grundlagen des Wachstums zu stärken, die Zahl der Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhöhen und das Einkommen aller Mitglieder der Gesellschaft zu verbessern. Obgleich die Weltbank den Anteil ihrer Ausleihen für diese Sektoren ver-

ringert hat, ist der absolute Betrag dafür gestiegen. Bankdarlehen für traditionelle Infrastrukturvorhaben sind von jährlich durchschnittlich 700 Millionen Dollar in den Jahren 1964-68 auf 4,4 Milliarden Dollar im Jahr 1980 gestiegen; für traditionelle Produktionsprojekte von 350 Millionen auf 3,5 Milliarden.

Nur durch die Steigerung ihres Gesamtausleihevolumens war die Bank in der Lage, die neuen Entwicklungsbedürfnisse ihrer Mitgliedsländer zu erfüllen, ohne dabei deren traditionellen Bedarf zu vernachlässigen.

Das ist ganz eindeutig der Weg für die Zukunft. Die Weltbank muss in der Lage sein, auf neue Bedürfnisse, die bereits aufgetreten sind, zu reagieren. Und man wird in Zukunft mit Sicherheit immer wieder von ihr verlangen, zur Befriedigung auch solcher Bedürfnisse beizutragen, von denen wir heute noch nichts wissen. Sie muss diese Aufgabe erfüllen können, ohne dadurch andere Programme zu gefährden, bei denen die Entwicklungsländer auf ihre Unterstützung zählen.

Ist die Bank heute dazu in der Lage?

Im letzten Jahr habe ich Ihnen davon berichtet, dass wir Fortschritte machen, die Grundlagen zu schaffen für eine weitere Ausweitung des Ausleihevolumens der Weltbankgruppe in den achtziger Jahren. Lassen Sie mich zusammenfassen, welche Schritte während der letzten zwölf Monate unternommen worden sind und wo wir heute damit stehen.

Die generelle Erhöhung des autorisierten Kapitals der Weltbank von 45 auf 85 Milliarden Dollar ist im Januar 1980 vom Gouverneursrat genehmigt worden. Einige Länder, darunter die Vereinigten Staaten, benötigen die Zustimmung ihrer Parlamente, bevor sie zusätzliche Anteile zeichnen können.

Verhandlungen für eine sechste Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsassoziation (IDA) sind im vergangenen Dezember erfolgreich abgeschlossen worden. Der Gouverneursrat hat im März dieses Jahres der Wiederauffüllung grundsätzlich zugestimmt. Die Wiederauffüllung selbst jedoch ist noch immer nicht abgeschlossen, da einige Länder, darunter besonders die Vereinigten Staaten, die notwendigen Gesetze noch nicht verabschiedet haben. Andere Geberländer haben freiwillige Beiträge

zugesagt, um zu verhindern, dass das Ausleiheprogramm der IDA über einen längeren Zeitraum unterbrochen wird. Ich möchte jedoch die Notwendigkeit baldiger Aktionen aller Regierungen unterstreichen, die Wiederauffüllung abzuschliessen sowie die schweren Folgen für die ärmsten Länder der Welt aufzeigen, die sich aus fortgesetzter Verzögerung und Unsicherheit ergeben würden.

Lassen Sie uns jedoch davon ausgehen, dass die notwendigen gesetzgeberischen Voraussetzungen für die allgemeine Kapitalerhöhung und die sechste Wiederauffüllung der IDA bald abgeschlossen sein werden.

Wird das in Tabelle VI gezeigte Ausleiheprogramm, das auf der Basis der generellen Kapitalerhöhung und der sechsten IDA-Wiederauffüllung formuliert ist, der Rolle angemessen sein, die die Weltbank in den achtziger Jahren für ihre Mitgliedsländer spielen muss? Wird es ausreichen, um wenigstens in dem beschränkten Ausmass die Bedürfnisse dieser Länder zu erfüllen, wie wir gehofft hatten, als wir das Ausleiheprogramm aufgestellt haben?

Die Antwort ist ganz einfach nein.

Das Ausleiheprogramm für die Geschäftsjahre 1981-85 basiert auf den Prognosen für den zukünftigen Kapitalbedarf der Entwicklungsländer, wie er sich Anfang des Jahres 1977 zeigte, als wir das Programm aufstellten. Ausgehend von diesen Prognosen waren wir der Meinung, dass das geplante Ausleihenvolumen es der Bank ermöglichen würde, ihre neuen Zusagen jährlich real um 5% zu steigern und dass dieses geplante Wachstum es der Bank ermöglichen würde, einen angemessenen Beitrag zu den Entwicklungsprioritäten ihrer Mitgliedsländer zu leisten.

Diese Annahme hat keine Gültigkeit mehr. Vier Ereignisse haben inzwischen dazu geführt, dass die Basis für unsere Annahmen nicht mehr stimmt.

Ein unerwartet hohes Ansteigen der Inflation hat den realen Wert unseres Zusagerahmens, wie ihn generelle Kapitalerhöhung sowie die sechste IDA-Wiederauffüllung erlauben, reduziert. Als wir das Programm im Jahre 1977 formulierten, hat die Weltbank

für das Jahr 1979 eine weltweite Inflationsrate von 7,5% zugrundegelegt. Die tatsächliche Inflationsrate betrug dagegen 13,3%. Wir rechnen jetzt auch damit, dass die Inflation in Zukunft langsamer abklingen wird als ursprünglich angenommen. Die Folge wird sein, dass der reale Wert unseres für 1981-85 geplanten Ausleihprogrammes 10,5% niedriger als geplant sein wird. Ausgedrückt in heutigen Dollar bedeutet das einen Verlust von mehr als 5,6 Milliarden.

Gleichzeitig ist der Bedarf an Weltbankfinanzierung unserer Mitgliedsländer aus drei davon unabhängigen Gründen gestiegen:

- Erstens haben, wie bereits betont, die stark gestiegenen Ölpreise die Importkosten dieser Länder erhöht, und die Rezession in den Industrieländern hat ihre Exportaussichten gedämpft. Wie ebenfalls bereits erörtert, müssen diese Länder die durch diese Ereignisse notwendig gewordenen umfassenden Strukturanpassungen in ihren Volkswirtschaften durchführen, und zwar ohne dass während der Anpassungsdauer ihr Wirtschaftswachstum auf ein unakzeptables Niveau absinkt.
- Zweitens müssen dieser Länder als Teil dieses Prozesses ihre Investitionen zur Energieentwicklung beträchtlich erhöhen. Das ist sowohl in ihrem eignen Interesse wie im Interesse der Weltgemeinschaft.
- Und drittens ist durch die Veränderung in der Repräsentanz Chinas die Zahl derjenigen Menschen, die jetzt die Hilfe der Weltbankgruppe wünschen, benötigen und beanspruchen können, um 45% gestiegen.

Lassen Sie mich kurz darauf eingehen, wie diese drei Ereignisse sich auf die Weltbank auswirken werden.

Erstens der Finanzierungsbedarf für die weitaus höher als erwarteten Zahlungsbilanzdefizite:

Lassen Sie mich kurz die bereits vorgebrachten Argumente zusammenfassen.

Im Vergleich zum Jahre 1978 sind die Ölimporte der Entwicklungsländer um 35 Milliarden Dollar gestiegen. Und selbst wenn

die Industrienationen dem Druck derjenigen widerstehen, die noch mehr Protektion nationaler Interessen verlangen, was sie unter allen Umständen tun müssen, so haben die anhaltende Rezession ihrer Wirtschaft sowie ihr nach wie vor geringes Wirtschaftswachstum die Exportaussichten der Entwicklungsländer bereits beeinträchtigt.

Das Problem ist nicht, dass die Entwicklungsländer mit unfinanzierbaren Zahlungsbilanzdefiziten allein gelassen werden. Wenn Defizite nicht finanziert werden können, dann verschwinden sie. Wenn diese jedoch verschwinden, weil dafür nicht genügend Mittel gefunden werden können, wird das ihre Entwicklungsprogramme aufs Stärkste gefährden.

Wenn das eintritt, dann kann die übrige Welt nicht gegen den deflationären Druck geschützt werden, der durch einen solchen Zusammenbruch ausgelöst wird. Selbst die kurzsichtigen Eigeninteressen der Industrienationen erfordern, dass dieser wichtige Finanzierungsbedarf gedeckt wird.

Ausreichende Finanzierung für Importe ist kein Ersatz für strukturelle Anpassungen an veränderte äussere Bedingungen. Diese ist vielmehr Voraussetzung für solche Anpassungen, da sie es den Entwicklungsländern ermöglicht, ihre Produktion, ihren Handel, ihre Investitionen sowie ihre Sparmassnahmen in sinnvoller Weise auf die neuen Bedürfnisse einzustellen. Ohne ausreichende Finanzierung ihrer Importe werden sie gezwungen sein, zu "schnellwirkenden" Massnahmen wie Kontrolle aller Importe oder willkürlichen Einsparungen bei öffentlichen Investitionen zu greifen. Damit ist den langfristigen Interessen von niemandem gedient.

Aber auch die Finanzierung struktureller Anpassungsmassnahmen ist kein Ersatz für die Finanzierung von Entwicklungsmassnahmen. An dem Investitionsbedarf für die Erreichung minimaler Fortschritte im Kampf gegen die absolute Armut hat sich nichts geändert. Die Kosten und die Dringlichkeit, die Produktivität der Armen in der Welt zu steigern und ihnen angemessenen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu ermöglichen, deren sie dringend bedürfen, sind unverändert hoch.

Sollte nicht die Weltbank unter diesen Bedingungen ihren Mitgliedsländern einen Teil der Finanzierung für die Strukturan-

passungsmassnahmen bereitstellen? Die Weltbank würde dadurch keineswegs die Marktmechanismen des privaten Kapitalmarktes beim Recycling von Kapitalüberschüssen ersetzen. Im Gegenteil, die Weltbank würde helfen, die privaten Kapitalströme zu unterstützen. Indem sie sich an den Anpassungsprozessen finanziell beteiligt, würde sie die Kreditwürdigkeit der Empfängerländer verbessern.

Die Weltbank wäre auch kein Ersatz für die angemessenen Massnahmen des Internationalen Währungsfonds. Sie würde vielmehr dessen Massnahmen sinnvoll ergänzen, indem sie ihre Mittel und Erfahrungen für die langfristigen Entwicklungsaspekte der Anpassungsmassnahmen einsetzen würde.

Um diesen Bedarf zu decken, hat die Weltbank vor einigen Monaten damit begonnen, Darlehen zur Finanzierung struktureller Anpassungsmassnahmen zu gewähren. Für das laufende Geschäftsjahr sind dafür Mittel in Höhe von 600-800 Millionen Dollar vorgesehen. In den Geschäftsjahren 1982 und 1983 kann dieser Betrag auf 1,5 Milliarden Dollar ansteigen. In späteren Jahren kann es sogar noch mehr sein.

Zur Zeit müssen Darlehen für strukturelle Anpassungsmassnahmen jedoch im Rahmen des früher geplanten Ausleiheplans gewährt werden. Denn dieser neue und unvorhergesehene Bedarf ist in dem 1977 formulierten Ausleiheprogramm, das nur für den damals bekannten Bedarf aufgestellt wurde, nicht enthalten. Die Weltbank muss daher ihr laufendes Programm ausweiten, wenn sie den gegenwärtigen Bedarf decken will. Wenn ihr das nicht gelingt, dann kann sie sich nicht an der Lösung des weltweiten Problems des finanziellen Ausgleichs beteiligen.

Lassen Sie mich jetzt zum nächsten Punkt übergehen, dem Finanzierungsbedarf für die Energieentwicklung.

Neben der Tatsache, dass sich höhere Energiepreise in höheren Importkosten niederschlagen, bringen diese Kostensteigerungen auch langfristige Herausforderungen und Entwicklungsmöglichkeiten für die ölimportierenden Entwicklungsländer mit sich.

Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass die neuen Ölpreise neue, über die bereits bestehenden Pläne hinausgehende

Investitionsmöglichkeiten von hoher Profitabilität für diese Länder eröffnet haben. Bis zum Jahre 1990 könnten sie – bei gleichzeitiger Beachtung strenger Konservierungsmassnahmen – die Ölimporte um 3 Millionen Barrels pro Tag bzw. 150 Millionen Tonnen pro Jahr reduzieren. Eine solche Produktionssteigerung würde zweifellos von grossem Vorteil sein, und zwar sowohl für alle ölproduzierenden wie auch ölverbrauchenden Länder. Die Verwirklichung dieser Möglichkeiten wird jedoch beträchtliche Investitionen während der nächsten fünf Jahre erfordern.

Der gesamte Investitionsbedarf der ölimportierenden Entwicklungsländer wird sich für die Jahre 1981-85 auf schätzungsweise 185 Milliarden Dollar, ausgedrückt in Preisen von 1980, belaufen. Im Vergleich dazu haben diese Länder während der vergangenen fünf Jahre für diesen Zweck 80 Milliarden Dollar investiert. Den weitaus grössten Teil dieses Investitionsbedarfs werden diese Länder aus ihren eigenen Ersparnissen sowie mit im Ausland ausserhalb der Weltbank aufgenommenen Mitteln finanzieren.

Die Weltbank sollte jedoch durch eine Ausweitung ihres vor einiger Zeit geplanten Energieentwicklungsprogramms dabei mithelfen. Sie könnte als Katalysator weitere Mittel mobilisieren, in erster Linie aus privaten Quellen, und sie könnte denjenigen Bedarf decken, für den sich keine privaten Kapitalgeber finden lassen. Um bei diesem lebenswichtigen Programm sinnvoll mitwirken zu können, sollte die Weltbank zusätzlich 12 Milliarden Dollar zu den bereits geplanten 13 Milliarden Dollar für Energieentwicklung in den Jahren 1981-85 bereitstellen.

Lassen Sie mich schliesslich zur veränderten Situation Chinas kommen.

Durch den Wechsel in der Repräsentanz Chinas ist die Zahl der Menschen, die einen Anspruch auf die Ressourcen der Weltbank haben, um nahezu eine Milliarde gestiegen. Der Anspruch dieser Menschen ist genauso zwingend und ihre Bedürfnisse sind nicht weniger dringend als die anderer Mitgliedsländer. Es wird einige Zeit dauern, die Bedürfnisse dieser Menschen in klar definierte, für die Weltbank finanzierbare Projekte umzusetzen. Wenn diese Vorarbeit jedoch geleistet ist, dann werden jährlich mehrere Milliarden Dollar für die Finanzierung benötigt.

Wenn wir diesen Bedarf aus dem Ausleiheprogramm, wie es vor dem Wechsel in der Repräsentanz Chinas aufgestellt worden ist, finanzieren müssten, dann könnte das nur geschehen, indem wir unsere Ausleihungen an die anderen Mitgliedsländer erheblich einschränken. Das würde deren Entwicklungsprogramme ernsthaft in Gefahr bringen, was wir nicht zulassen dürfen. Daraus ergibt sich die eindeutige Notwendigkeit, das Ausleiheprogramm generell auszuweiten.

Die unausweichliche Folgerung aus all dem ist, die Weltbankgruppe muss in erheblichem Umfang zusätzliche Mittel mobilisieren, wenn sie ihren Mitgliedsländern während der kritischen achtziger Jahre eine spürbare Hilfe sein soll. Dabei muss den gegenwärtigen Haushaltschwierigkeiten der entwickelten Länder voll Rechnung getragen werden.

Wir müssen daher weitgehende Einigung im Hinblick auf das folgende Ziel erwirken.

Die Weltbank sollte:

- Ihr Ausleiheprogramm ausweiten, um den höher als erwarteten Inflationsraten voll Rechnung tragen zu können;
- strukturelle Anpassungsmassnahmen der ölimportierenden Entwicklungsländer finanzieren, ohne jedoch dadurch die für sie bereits geplante Entwicklungsfinanzierung zu reduzieren;
- ein erweitertes Energieentwicklungsprogramm finanzieren helfen, ohne jedoch den Beitrag zu anderen ebenso wichtigen Entwicklungsprogrammen zu verringern; und schliesslich
- dem Entwicklungsbedarf Chinas entsprechen, jedoch nicht auf Kosten anderer Mitgliedsländer.

Wenn wir uns auf dieses Ziel einigen können, wozu wir meiner Meinung nach in der Lage sind, dann gilt es, Mittel und Wege zur Finanzierung des erweiterten Ausleiheprogramms zu finden, and zwar ohne die bereits angespannte Haushaltslage unserer Mitgliedsländer über Gebühr zu strapazieren.

Einige Ansätze für diese scheinbar unlösbare Aufgabe sind es

wert, näher untersucht zu werden. Lassen Sie mich kurz auf diese eingehen.

Durch Zahlungen auf gezeichnetes Kapital nimmt die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung die Haushalte ihrer Mitgliedsländer in Anspruch. Haushaltsmittel sind knapp; woraus folgt, dass das aus ihnen finanzierte Eigenkapital auch knapp ist. Darlehensmittel dagegen sind auf den Finanzmärkten der Welt reichlich vorhanden.

Die Frage, die sich heute für die Weltbank stellt, ist daher, ob sie den bestmöglichen Gebrauch ihrer sehr knappen Ressourcen, d.h. ihres Eigenkapitals, macht, um die anderen, reichlich vorhandenen Mittel zu mobilisieren. Die konkrete Frage lautet: Können wir unsere Kapitalaufnahmen auf den privaten Kapitalmärkten erhöhen, ohne gleichzeitig die öffentlichen Haushalte unserer Mitgliedsländer zusätzlich in Anspruch zu nehmen?

Im Laufe ihrer Geschichte hat die Weltbank den Gebrauch ihrer Eigenkapitalbasis ständig verbessert.

Vor zwanzig Jahren beispielsweise kam man zu dem Schluss, dass die Weltbank erst am Anfang stand, das Potential ihrer Eigenkapitalbasis für die Aufnahme von Fremdkapital zu nützen. Damals, im Jahre 1960, betrug das gezeichnete, aber noch nicht eingezahlte Kapital, das im Wesentlichen eine Garantie für die Anleihen der Weltbank durch die Mitgliedsländer darstellt, 17,3 Milliarden Dollar. Hinzu kamen in Form von eingezahltem Kapital und Reserven 2,5 Milliarden Dollar. Insgesamt standen hinter Anleihen in Höhe von 2,1 Milliarden Dollar und gewährten Darlehen in Höhe von 2,8 Milliarden Dollar eine Gesamtkapitalbasis von 19,8 Milliarden Dollar. Um die Effizienz dieser Kapitalbasis zu erhöhen, hat man 1960 das gezeichnete Kapital der Weltbank verdoppelt, ohne die Höhe des eingezahlten Kapitals zu verändern. Und selbst 1970, als das eingezahlte Kapital und die Reserven auf 3,9 Milliarden Dollar gestiegen waren, und sich das gezeichnete, aber noch nicht eingezahlte Kapital auf 20,8 Milliarden erhöht hatte, belief sich das aufgenommene Fremdkapital auf nur 4,6 Milliarden Dollar, und die Summe aller ausstehenden Darlehen betrug lediglich 6,0 Milliarden Dollar. Wir sind ein Finanzierungsinstitut, das das Potential seiner Eigenkapi-

talbasis zur Aufnahme von Fremdkapital bisher nicht voll ausgenutzt hat.

Im Laufe der siebziger Jahre hat die Weltbank damit begonnen, ihre Eigenkapitalbasis stärker als vorher zur Fremdkapitalbeschaffung für Investitionen in Entwicklungsländern zu nutzen. Am Ende des Geschäftsjahres 1980 war das aufgenommene Anleihenkapital auf 30 Milliarden Dollar gestiegen, und die ausstehenden Darlehen hatten ein Volumen von 27 Milliarden Dollar erreicht. Zum gleichen Zeitpunkt hatten sich das eingezahlte Kapital und die Rücklagen auf 7 Milliarden Dollar erhöht. Die Rücklagen waren zu über fünfzig Prozent durch einbehaltene Gewinne gespeist worden. Das gezeichnete, aber nicht eingezahlte Kapital hatte eine Grössenordnung von 36 Milliarden Dollar erreicht. Dazu ist zu sagen, dass die Gouverneure 1960 den einzuzahlenden Anteil der Kapitalzeichnungen von 20% auf 10% gesenkt hatten. Bei der neuen generellen Kapitalerhöhung ist dieser Anteil von 10% weiter auf 7,5% gesenkt worden.

Wenn die generelle Kapitalerhöhung abgeschlossen ist, dann wird die Weltbank über ein autorisiertes Kapital von 85 Milliarden Dollar verfügen. Etwa 7,5 Milliarden davon werden eingezahlt sein. Hinzu kommen 3,4 Milliarden Dollar in Form von Rücklagen und nicht ausgezahlten Gewinnen, ein Betrag, der schnell anwächst. Das bedeutet, dass bei einer vollen Ausnutzung der Möglichkeiten, die die generelle Kapitalerhöhung schafft, die Weltbank 15% der von ihr gewährten ausstehenden Darlehen mit ihrem eingezahlten Kapital sowie mit ihren Reserven finanziert. Bezieht man das gezeichnete, aber nicht eingezahlte Kapital mit ein, dann ist jeder Dollar, den die Bank ausgeliehen hat und der noch nicht zurückgezahlt worden ist, durch autorisiertes Kapital bzw. durch Reserven gedeckt.

Diese Relationen weichen erheblich von der Standardpraxis grosser Geschäftsbanken ab, bei denen der Anteil der risikobehafteten Anlagen zu weniger als 6% durch Eigenkapital gedeckt ist. Und dennoch kann keine dieser Banken einen Standard von Kreditrückzahlungen aufweisen wie die Weltbank; keine von ihnen arbeitet mit ähnlich langfristigen Mitteln und keine verfügt über eine vergleichbare Liquidität.

Die Weltbank sollte daher den Einsatz ihrer breiten und auf einzigartige Weise garantierten Kapitalbasis weiter verbessern. Sie muss ausserdem damit beginnen, die nachgewiesene Stärke ihres Ausleiheportefeuilles zu nutzen, in dem sich die bedachte Ausleihepolitik widerspiegelt, die die Weltbank seit über dreissig Jahren verfolgt. Diese Massnahmen sind entscheidend, wenn die Weltbank dem Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer besser entsprechen will, ohne dabei die öffentlichen Haushalte ihrer Mitgliedsländer zusätzlich zu belasten, die gerade jetzt unter besonderem Druck nationaler Bedürfnisse stehen.

Die Frage lautet, welches der beste und sicherste Weg dazu ist, der zu keinem Zeitpunkt die Stärke und Integrität der Finanzstruktur der Weltbank gefährdet.

Wenigstens drei Möglichkeiten bieten sich an, diskutiert zu werden.

Das Verhältnis von gewährten Darlehen, aufgenommenen Anleihen und Eigenkapital könnte geändert werden.

Die Satzungen der Weltbank, die vor 35 Jahren zu einer Zeit vollkommen anderer finanzieller Bedingungen formuliert worden sind, bestimmen, dass die Gesamtsumme der ausbezahlten und ausstehenden Darlehen den Betrag des gezeichneten Kapitals und der Reserven nicht überschreiten darf.

Die Brandt-Kommission, Emissionsbanken und Finanzierungs-sachverständige haben der Weltbank die Frage gestellt, ob es unter den heutigen Bedingungen, die andere sind als 1944, nach wie vor sinnvoll ist, dass eine Ausweitung des genehmigten Ausleihevolumens nur durch eine gleich grosse Aufstockung des Kapitals möglich ist.

Die vorläufige Antwort scheint zu sein, dass die in Bretton Woods in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges bestimmte Relation von 1 zu 1 weder für die Finanzlage der Weltbank noch die Wirtschaftslage ihrer Grossaktionäre relevant ist. Daraus ergibt sich, dass das Eigenkapital der Weltbank heute nicht in dem Masse genutzt wird, wie es notwendig wäre.

Es versteht sich jedoch von selbst, dass keine Massnahme, diese Relation zu ändern, ein Ersatz für den Abschluss der ge-

nerellen Kapitalerhöhung sein kann. Im Gegenteil, eine solche Massnahme sollte ein notwendiger zusätzlicher Schritt sein. Die generelle Kapitalerhöhung ist beschlossen worden, bevor die neuerlichen Ereignisse den Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer erneut so stark haben ansteigen lassen. Eine Veränderung der Relation würde es der Weltbank möglich machen, auf die neuen Finanzierungsbedürfnisse unserer Entwicklungsländer einzugehen, indem sie die bereits genehmigte Erhöhung ihrer Eigenkapitalbasis wirkungsvoller nützt.

Eine zweite Möglichkeit wäre die Gründung einer gesondert finanzierten Tochtergesellschaft für die Finanzierung von Energieentwicklungsprojekten.

Ich habe bereits betont, dass der Zwang, aber auch die neueröffneten Möglichkeiten, zusätzliche Energiequellen zu erschliessen, für die Entwicklungsländer wie die übrige Weltgemeinschaft eine echte Herausforderung darstellen. Diese Herausforderung und die gegebenen Möglichkeiten haben zu einer internationalen Einigung darüber geführt, dass Massnahmen ergriffen werden müssen, den Entwicklungsländern bei der Entwicklung ihrer Energieversorgung zu helfen. Die Beschlüsse der wirtschaftlichen Gipfelkonferenz in Venedig und die Treffen der OPEC-Minister haben diese Einigung deutlich demonstriert. Ganz konkret ist die Weltbank aufgefordert worden, die Möglichkeit der Errichtung einer Tochtergesellschaft zu prüfen, deren Aufgabe es sein soll, die Erschliessung und Ausbeutung von Energieressourcen in Entwicklungsländern zu finanzieren. Ein solches Finanzierungsinstitut würde zwei Aufgaben erfüllen, es würde Mittel direkt bereitstellen und würde darüber hinaus als Katalysator Mittel aus anderen öffentlichen und privaten Quellen mobilisieren.

Das Eigenkapital für ein solches Finanzierungsinstitut könnte aus den Gewinnen der Weltbank und aus Beiträgen von Mitgliedsländern aufgebracht werden. Nicht alle Mitgliedsländer müssten notwendigerweise Beiträge leisten, und die gezeichneten Anteile brauchten nicht dieselben zu sein wie die Kapitalanteile in der Weltbank. Dieses Eigenkapital könnte dazu dienen, Fremdkapital aufzunehmen und Darlehen zu gewähren, die einmal ein Vielfaches des knappen Eigenkapitals betragen könnten.

Die dritte Möglichkeit wäre, Ausleiheplafond und Verschuldungsfähigkeit der Weltbank erneut zu erhöhen, und zwar in der Art und Weise, wie dies 1960 geschehen ist, als man lediglich die Kapitalzeichnungen ohne korrespondierende Einzahlungen erhöhte.

Jede dieser drei Möglichkeiten, oder auch eine Kombination dieser drei, würde die Weltbank in die Lage versetzen, denjenigen dringenden Kapitalbedarf ihrer zu entwickelnden Mitglieds-länder besser zu decken, der noch nicht bestand, als die generelle Kapitalerhöhung in die Wege geleitet wurde. Die Vielfalt der gegebenen Möglichkeiten, die Weltbank besser auszustatten, sollte diejenigen ermutigen, die wie ich glauben, dass die derzeitigen Haushaltsschwierigkeiten der entwickelten Länder kein Hindernis für die notwendig gewordenen Massnahmen zu sein brauchten.

Solange diese Möglichkeiten geprüft werden, sollten wir uns überlegen, ob wir nicht wegen der unbedingt notwendig gewordenen Erhöhung des Ausleiheprogramms für die Geschäftsjahre 1982-86 einen Teil der derzeit für spätere Jahre geplanten Anleihen vorziehen sollten. So könnten die Darlehen der Weltbank während der nächsten kritischen fünf Jahre um insgesamt 10 Milliarden Dollar erhöht werden.

Durch derartige Massnahmen könnte das Ausleiheprogram der Weltbank ausgeweitet werden. Das würde jedoch den ärmsten Mitgliedsländern der Bank nicht helfen, da diese Mittel zu sehr weichen Konditionen mit sehr langen Laufzeiten benötigen. Ich habe darauf hingewiesen, dass der Finanzierungsbedarf dieser Entwicklungsländer mit niedrigen Einkommen ebenfalls stark gestiegen ist. Die sechste Wiederauffüllung der IDA, die für sich selbst genommen grosszügig bemessen ist, wird diesen Bedarf nicht decken können.

So wie wir nach Mitteln und Wegen suchen müssen, das Eigenkapital der Weltbank besser zu nutzen, so müssen wir auch den Einsatz knapper IDA-Mittel effizienter gestalten. Die Kreditwürdigkeit einiger Länder, die in der Vergangenheit ausschliesslich IDA-Mittel erhalten haben, hat sich in jüngster Zeit deutlich verbessert. Am deutlichsten ist das bei ölexportierenden Ländern wie Indonesien und Ägypten zu beobachten. Aber auch

andere Länder werden in Zukunft den Schuldendienst für Darlehen zu mittleren Konditionen erfüllen können.

Einige dieser Länder können in Zukunft entweder ganz auf Weltbankdarlehen umgestellt werden oder aber zumindest auf eine Mischung von IDA-Krediten und Weltbankdarlehen, was weniger weichen Konditionen entspricht, als sie früher notwendig waren. Eine solche Verlagerung würde es ermöglichen, denjenigen Ländern mehr IDA-Mittel zu gewähren, deren Finanzbedarf zwar gestiegen ist, die aber für Weltbankdarlehen noch nicht hinreichend kreditwürdig sind.

Es braucht nicht erwähnt zu werden, dass den ärmsten Ländern nur dann mehr IDA-Mittel durch die Umstellung einiger Länder von IDA-Krediten auf Weltbankdarlehen gewährt werden können, wenn die Weltbank in der Lage ist, den dadurch gestiegenen Anspruch auf ihre Ressourcen auch erfüllen zu können. Es sollte auch unnötig sein hinzuzufügen, dass der Bedarf der ärmsten Länder nur dann wirklich gedeckt werden kann, wenn zusätzliche Mittel bereitgestellt würden, und zwar durch neue Verfahren, wie sie von der Brandt-Kommission vorgeschlagen worden sind.

In meinen Erörterungen über die Rolle der Weltbank in den achtziger Jahren habe ich mich nur auf einen Aspekt ihrer Arbeit konzentriert, nämlich ihre Darlehensgewährung an Entwicklungsländer und die Mittel und Wege der Beschaffung der dafür notwendigen Ressourcen. Auf kurze Sicht hin erfordert dieser Aspekt auch unsere primäre Aufmerksamkeit. Längerfristig gesehen ist es jedoch, wie Minister und Exekutivdirektoren aus Entwicklungsländern während der vergangenen Monate immer wieder betont haben, die nichtfinanzielle Hilfe der Weltbank, die für sie noch wichtiger ist als die finanzielle Hilfe, so unabdinglich diese auch sei.

Während der siebziger Jahre war die entwicklungspolitische Beratung sowie ihre technische Hilfe auf das zweifache Ziel der Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und der Verringerung der absoluten Armut gerichtet. Die Erreichung dieser Ziele muss auch während der achtziger Jahre unsere Aufgabe bleiben. Die Bedingungen, unter denen diese Ziele jedoch verfolgt werden, haben sich so grundlegend geändert und sind

so schwierig geworden, dass eine grössere Verlagerung der Schwerpunkte in der Weltbank notwendig geworden ist:

- Das Bevölkerungswachstum wird, obgleich es sich verlangsamt hat, die Ressourcen der meisten Entwicklungsländer zunehmend in Anspruch nehmen;
- die Zahl der Arbeitsuchenden, die sich explosionsartig vergrössert und die Geburtenraten vergangener Jahre widerspiegelt, wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur vorrangigsten Aufgabe machen;
- die Landflucht wird den grossen Stadtgebieten, die bereits grösser als in den meisten entwickelten Ländern sind, zusätzliche Lasten auferlegen;
- die Überwindung weitverbreiteter Unterernährung macht es erforderlich, dass die Nahrungsmittelproduktion pro Hektar erheblich gesteigert wird, da die Möglichkeiten, in den Entwicklungsländern zusätzliche Anbauflächen zu gewinnen, sich stark verringert haben;
- unausgeglichene Zahlungsbilanzen machen eine verstärkte Industrialisierung und eine Ausweitung des Exports notwendig, obgleich das Wachstum des Welthandels sich verlangsamt und der Protektionismus zunimmt.

Es ist schockierend, darüber nachzudenken, dass es ungeachtet des Fortschritts, der während des vergangenen Vierteljahrhunderts erzielt worden ist, und der in den nächsten zwei Jahrzehnten möglicherweise erzielt werden wird, am Ende des Jahrhunderts wahrscheinlich 600 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern geben wird, die nach wie vor in absoluter Armut leben.

Während der achtziger Jahre wird die Weltbank zusätzlich zu ihren finanziellen Leistungen immense intellektuelle und technische Anstrengungen unternehmen müssen, wenn sie den Entwicklungsländern wirksam dabei helfen will, mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen fertigzuwerden.

Lassen Sie mich jetzt die Hauptpunkte meiner heutigen Rede zusammenfassen und die Schlussfolgerungen daraus ziehen.

VI. ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den vergangenen 18 Monaten sind die wirtschaftlichen Verhältnisse überall auf der Welt erheblich schwieriger geworden, und die Wachstumsaussichten der ölimportierenden Entwicklungsländer für das kommende Jahrzehnt erscheinen nun weniger vielversprechend.

Das erneute starke Ansteigen der Ölpreise hat die Kosten für importierte Energie für diese Länder mehr als verdoppelt, und die anhaltende Rezession in den industrialisierten Ländern wird die Nachfrage nach ihren Exporten ernsthaft beschränken.

Als Ergebnis davon sind ihre Zahlungsbilanzdefizite rapide angestiegen und stellen nun im Durchschnitt einen Anteil von 4% ihres Bruttosozialproduktes dar – und für viele Länder noch erheblich mehr. Obgleich sie diese Defizite kurzfristig weiterhin durch zusätzliche Aussenverschuldung finanzieren können, würden auf lange Sicht hin ihre wachsenden Schuldendienste unhaltbar werden. Die Defizite müssen abgebaut werden. Was notwendig ist, sind grundlegende Massnahmen zur Strukturanpassung in ihren Volkswirtschaften.

Wenn diese schwierigen Veränderungen bald vorgenommen und in den nächsten fünf bis acht Jahren abgeschlossen werden können, sollten die Wachstumsraten der ölimportierenden Entwicklungsländer in der zweiten Hälfte der Dekade sich wieder auf ein akzeptableres Niveau hin verbessern.

Dies jedoch erfordert in der Zwischenzeit finanzielle Unterstützung über das hinaus, was jetzt geplant ist, wenn ernsthafte Rückschritte in bezug auf das Ausmass ihrer Entwicklungsaktivitäten vermieden werden sollen. Steht diese finanzielle Unterstützung nicht zur Verfügung, oder verzögern die Entwicklungsländer die notwendigen Strukturveränderungen, dann wird ihr Entwicklungsfortschritt in der gesamten Dekade ernsthaft beeinträchtigt werden.

Der gegenwärtige Anpassungsprozess wird sehr wahrscheinlich schwieriger sein als der letzte in den Jahren 1974–78. Eine der wichtigsten Aktionen, die die ölimportierenden Entwicklungsländer ergreifen können, um den Schaden möglichst gering

zu halten, besteht darin, auf dem Energiesektor eine effiziente Import-Substitutionspolitik zu betreiben.

Zu den gegenwärtigen und in der Zukunft zu erwartenden Ölpreisen können viele dieser Länder ihre früher als marginal eingeschätzten Öl-, Gas-, Kohle-, Hydroelektrik- und Holz-Energiereserven in profitable Investitionen umwandeln. Sie werden dazu zusätzliche interne und externe Finanzierungsquellen erschliessen müssen, aber sie würden dadurch bis zum Ende des Jahrzehnts ihre jährlichen Ölimportkosten – die auf etwa 230 Milliarden Dollar vorausberechnet sind – um mehr als 50 Milliarden Dollar senken können.

Die gegenwärtige globale wirtschaftliche Situation bringt besonders schwere Auswirkungen für die ärmsten Entwicklungsländer mit sich. Sie benötigen unbedingt zusätzliche öffentliche Entwicklungshilfe (ODA), um die Periode der Anpassung zu überstehen. Die Ströme der öffentlichen Entwicklungshilfe sind jedoch von 1977 bis 1979 real zurückgegangen, und der Anteil, der den ärmsten Ländern zugedacht war, war sowohl relativ als auch absolut erschreckend gering.

Sowohl die OECD-Länder als auch die Kapitalüberschussländer der OPEC sollten sich nun überlegen, welche Massnahmen zur Steigerung der konzessionellen Hilfe an die ärmsten Länder sie ergreifen können, die weiterhin durch eine ökonomische Weltsituation geschädigt werden, die sie selbst weder verursacht haben noch gross beeinflussen können.

Die Entwicklungsländer mit mittleren Einkommen werden in der kommenden Dekade weiterhin auf externe Kapitalströme aus Geschäftsbanken angewiesen sein, obgleich es fraglich ist, ob das Volumen aus diesen Quellen ausreichend sein wird, um den durch die neuen Anpassungsschwierigkeiten erforderlich gewordenen zusätzlichen Bedarf zu decken.

Wenn die Aufgabe, einen Teil des mehr als 100 Milliarden Dollar jährlich betragenden zusätzlichen Überschusses der ölexportierenden Länder in die Entwicklungsländer zurückzuführen, in den 80er Jahren effizient und gerecht angegangen werden soll, besteht kein Zweifel daran, dass die finanzielle Vermittlung der Weltbank und anderer internationaler Institu-

tionen erheblich über das bisher geplante Ausmass hinaus ausgeweitet werden muss.

In den 80er Jahren sollte die Weltbank:

- ihr Ausleiheprogramm ausweiten, um die höher als erwartet gestiegenen Inflationsraten voll auszugleichen;
- Strukturanpassungen finanzieren, jedoch nicht auf Kosten einer Reduzierung der bereits jetzt für die ölimportierenden Entwicklungsländer geplanten Entwicklungsfinanzierung;
- zur Finanzierung des ausgeweiteten Energieentwicklungsprogramms beitragen, das auf dem wirtschaftlichen Gipfeltreffen in Venedig gefordert wurde, jedoch nicht auf Kosten anderer lebenswichtiger Programme; und
- auf die Entwicklungsbedürfnisse Chinas eingehen, jedoch nicht auf Kosten anderer Nehmerländer.

All dies ist machbar – und zwar in einer Weise, die voll und ganz auf die gegenwärtigen Budgetbeschränkungen Rücksicht nimmt, vor die sich die Regierungen der entwickelten Länder gestellt sehen –, vorausgesetzt, wir nützen die Kapitalgrundlage der Weltbank voll und ganz aus und erleichtern die Ausnützung grosser privater Quellen, die für profitable Investitionsmöglichkeiten verfügbar sind.

Die achtziger Jahre werden wohl ein turbulentes Jahrzehnt werden, in dem wir uns vorwiegend mit einer ganzen Reihe neuer finanzieller Schwierigkeiten werden befassen müssen.

Neben den hochaktuellen finanziellen Sorgen bleiben jedoch grundlegende Finanzierungsprobleme weiterhin bestehen.

Das grundlegendste von ihnen ist der hartnäckige Fortbestand weitverbreiteter absoluter Armut.

Entwicklung an sich schliesst eine doppelte Aufgabe ein: die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und die Ausrottung der absoluten Armut.

Diese zwei Ziele sind miteinander verwandt, obgleich Regierungen gelegentlich versucht sind, das eine zu verfolgen, ohne dem anderen angemessene Aufmerksamkeit zu schenken. Vom

Entwicklungsstandpunkt gesehen, ist dieser Ansatz letztendlich zum Scheitern verurteilt. Das Streben nach Wachstum ohne vernünftige Berücksichtigung des Gleichheitsprinzips wirkt nämlich sozial destabilisierend. Das Streben nach Gleichheit ohne vernünftige Berücksichtigung des Wachstums wiederum führt in der Regel nur zur Umverteilung der Entbehrungen wirtschaftlicher Stagnation.

In allen unseren Treffen in den siebziger Jahren haben wir die Erfordernisse dieser beiden Zielsetzungen untersucht. Heute morgen habe ich hervorgehoben, dass es sowohl von entscheidender Wichtigkeit als auch ökonomisch vernünftig ist, diejenigen menschlichen Ressourcen zu entwickeln, die der Modernisierungsprozess so ungerecht übergangen hat.

Niemand von uns kann natürlich behaupten, dass wir das komplexe Problem der Armut voll und ganz verstehen. Wir alle lernen noch immer hinzu. Aber ich glaube, wir können alle zufrieden sein, dass viele Regierungen und Institutionen in der ganzen internationalen Entwicklungsgemeinschaft, einschliesslich der Weltbank, begonnen haben, sich über die Armut ernsthaftere Gedanken zu machen als noch vor zehn Jahren. Und man beginnt sich zu fragen, wie man die eigenen Bemühungen so gestalten kann, dass man mit diesen Problemen besser fertig wird.

Das sollte jeden in diesem Raum ermutigen.

Mit Hilfe Ihrer Unterstützung und der von Ihnen repräsentierten Regierungen ist die Weltbank in den letzten zehn Jahren die bei weitem grösste und einflussreichste Entwicklungsinstitution der Welt geworden.

Das ist wichtig.

Noch viel wichtiger ist jedoch, was überall in der Welt der Entwicklungsländer zu den Millionen von Menschenleben durchgedrungen ist, die von dieser Institution berührt worden sind.

Was diese zahllosen Millionen von Armen brauchen und wollen, ist dasselbe, was jeder von uns braucht und will: das Wohlergehen derer, die uns nahestehen, eine bessere Zukunft für unsere Kinder, das Ende der Ungerechtigkeit und den Beginn der Hoffnung.

Wir sehen nicht ihre Gesichter, wir kennen ihre Namen nicht,
wir können sie nicht zählen. Aber sie leben. Und ihr Leben ist
von uns berührt worden.

Und unser Leben von ihnen.

**STROM ÖFFENTLICHER ENTWICKLUNGSHILFE (ODA) SEITENS DER
MITGLIEDSLÄNDER DES ENTWICKLUNGSHILFEAUSSCHUSSES (DAC) AN DIE
ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE INSTITUTIONEN^a**

(gemessen als Prozentsatz des Bruttosozialprodukts)

	1965	1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Australien	0,53	0,59	0,59	0,41	0,42	0,54	0,52	0,51	0,50	0,50	0,50	0,51	0,51
Belgien	0,60	0,46	0,59	0,51	0,46	0,55	0,56	0,59	0,60	0,61	0,63	0,65	0,67
Dänemark	0,13	0,38	0,58	0,56	0,60	0,75	0,75	0,67	0,70	0,70	0,70	0,70	0,70
Deutschland	0,40	0,32	0,40	0,36	0,33	0,37	0,44	0,44	0,44	0,44	0,45	0,46	0,46
Finnland ^b	0,02	0,06	0,18	0,17	0,16	0,17	0,22	0,22	0,23	0,24	0,26	0,27	0,28
Frankreich	0,76	0,66	0,62	0,62	0,60	0,57	0,59	0,59	0,59	0,59	0,60	0,60	0,60
Italien	0,10	0,16	0,11	0,13	0,10	0,14	0,09	0,09	0,10	0,10	0,11	0,11	0,11
Japan	0,27	0,23	0,23	0,20	0,21	0,23	0,26	0,27	0,27	0,28	0,28	0,29	0,30
Kanada	0,19	0,41	0,52	0,39	0,48	0,52	0,47	0,46	0,45	0,45	0,45	0,44	0,44
Neuseeland ^c		0,23	0,52	0,41	0,39	0,34	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
Niederlande	0,36	0,61	0,75	0,83	0,86	0,82	0,93	0,94	0,94	0,96	0,97	0,98	0,99
Norwegen	0,16	0,32	0,66	0,70	0,83	0,90	0,93	0,95	0,96	0,97	0,98	0,99	1,00
Österreich	0,11	0,07	0,17	0,12	0,24	0,29	0,19	0,23	0,25	0,27	0,28	0,29	0,30
Schweden	0,19	0,38	0,82	0,82	0,99	0,90	0,94	0,95	0,95	0,95	0,95	0,95	0,95
Schweiz	0,09	0,15	0,19	0,19	0,19	0,20	0,21	0,22	0,25	0,26	0,26	0,27	0,28
Vereinigtes Königreich	0,47	0,41	0,39	0,40	0,46	0,48	0,52	0,52	0,49	0,45	0,42	0,40	0,38
Vereinigte Staaten ^d	0,58	0,32	0,27	0,26	0,25	0,27	0,19	0,18	0,22	0,22	0,22	0,22	0,22
INSGESAMT													
ODA (nominale Preise)													
\$ Milliarden	6,5	7,0	13,8	13,8	15,7	20,0	22,3	24,6	28,7	32,1	35,7	39,7	44,1
ODA 1980er													
(konst. Preise)	20,3	18,0	21,9	20,9	22,1	24,4	24,5	24,6	26,3	27,2	28,3	29,4	30,8
\$ Milliarden	20,3	18,0	21,9	20,9	22,1	24,1	24,5	24,6	26,3	27,2	28,3	29,4	30,8
BSP (nominale Preise)													
\$ Billionen	1,3	2,0	3,8	4,2	4,7	5,6	6,5	7,2	8,0	9,0	9,9	11,0	12,1
ODA in % des													
BSP	0,49	0,34	0,36	0,33	0,33	0,35	0,34	0,34	0,36	0,36	0,36	0,36	0,36
Preisdeflator ^e	0,32	0,39	0,63	0,66	0,71	0,82	0,91	1,00	1,09	1,18	1,26	1,35	1,43

^aDie historischen Zahlen bis 1979 basieren gemäss OECD/DAC auf der Hinterlegung von Noten. Die Zahlen für 1979-85 basieren auf Schätzungen des BSP-Wachstums seitens der OECD und der Weltbank, auf Informationen über Budgetzuweisungen für Entwicklungshilfe und auf Regierungserklärungen zur Entwicklungspolitik. Sie sind lediglich Projektionen und keine Voraussagen dessen, was aufgrund bisher noch nicht geplanter Massnahmen eintreten würde, falls diese Massnahmen getroffen würden.

^bFinnland wurde im Januar 1975 Mitglied des Entwicklungshilfeausschusses (DAC).

^cNeuseeland wurde 1973 Mitglied von DAC. ODA-Zahlen für Neuseeland für 1965 sind nicht vorhanden.

^dIm Jahre 1949, zu Beginn des Marshallplans, betrug die U.S.-öffentliche Entwicklungshilfe 2,79% des BSP.

^eDer Deflator ist der U.S.-Dollar BSP-Deflator, der die Wechselkursveränderungen nicht einschliesst.

VERTEILUNG ÖFFENTLICHER ENTWICKLUNGSHILFE (ODA) 1978
AUS OECD-LÄNDERN NACH EINKOMMENSGRUPPEN
DER ENTWICKLUNGSLÄNDER
 (Summen in Millionen Dollar)

	an Länder mit niedrigen Einkommen ^a			an Länder mit mittleren und hohen Einkommen ^a			Gesamtsumme der ODA	
	Summe	Prozent der Gesamt-ODA	Prozent des BSP	Summe	Prozent der Gesamt-ODA	Prozent des BSP	Summe	Prozent des BSP
Australien	198	34	0,18	390	66	0,36	588	0,54
Belgien	384	72	0,40	152	28	0,15	536	0,55
Dänemark	254	66	0,50	129	34	0,25	383	0,75
Deutschland	1171	50	0,19	1176	50	0,19	2347	0,37
Finnland	30	56	0,10	24	44	0,07	54	0,17
Frankreich	768	28	0,16	1937	72	0,41	2705	0,57
Italien	247	66	0,09	128	34	0,05	375	0,14
Japan	1136	51	0,12	1079	49	0,11	2215	0,23
Kanada	564	53	0,28	496	47	0,24	1060	0,52
Niederlande	606	56	0,46	468	44	0,36	1074	0,82
Neuseeland	7	13	0,04	48	87	0,30	55	0,34
Norwegen	237	67	0,60	118	33	0,30	355	0,90
Österreich	31	19	0,06	135	81	0,23	166	0,29
Schweden	508	65	0,59	275	35	0,31	783	0,90
Schweiz	91	53	0,11	82	47	0,09	173	0,20
Vereinigtes Königreich	897	62	0,29	559	38	0,19	1456	0,48
Vereinigte Staaten	2078	37	0,10	3586	63	0,15	5664	0,27
Gesamt	<u>9207</u>	<u>46</u>	<u>0,16</u>	<u>10783</u>	<u>54</u>	<u>0,18</u>	<u>19990</u>	<u>0,34</u>

^a1978 ist das letzte Jahr, für das das zur Verfügung stehende Material eine Aufteilung der ODA zwischen Ländern mit "niedrigen" und solchen mit "mittleren und hohen" Einkommen erlaubt. In den Ländern mit niedrigen Einkommen leben 1,3 Milliarden Menschen mit einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 200 Dollar. Die Bevölkerung der Länder mit mittleren und hohen Einkommen umfasst 900 Millionen Menschen mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1.250 Dollar pro Jahr. Die Verteilung schliesst diejenigen bilateralen ODA-Beiträge sowie solche Teile von Beiträgen an multilaterale Entwicklungshilfeinstitutionen ein, die der ODA zugerechnet werden können.

WORLD BANK

1818 H Street, N.W., Washington, D.C. 20433, U.S.A.

Telephone number: (202) 477-1234

Cable address: INTBAFRAD WASHINGTON D.C.

European Office:

66, Avenue d'Iéna, 75116 Paris, France

Telephone number: 723-54-21

Cable address: INTBAFRAD PARIS

Tokyo Office:

Kokusai Building

1-1 Marunouchi 3-chome

Chiyoda-ku, Tokyo 100, Japan

Telephone number: (03) 214-5001

Cable address: INTBAFRAD TOKYO